Schanzen leben

Oktober

1,50



Wie war das noch

Schanzenstr. 41a

Seit 1917 war die Wohnungsbaugesellschaft Rebien Eigentümer der Terassenwohnungen Schanzenstraße 41a.
In 40 Jahren hat eben diese Gesellschaft die Häuser systematisch verkommen lassen und nach und nach die Mieter aus den billigen Wohnungen vertrieben.

Nur noch wenige Mieter waren in den Wohnungen verblieben, als in der Maiausgabe das SCANZENLEBEN und Anfang Juni die taz diesen Zustand öffentlich machte.
Zu diesem Zeitpunkt gab es bereits Abrißgenehmigungen für Haus1 und 3 ebenso für dierechte Seite von Haus 2.

30.5.87
HOFFEST IN DER SCHANZE

Wohngruppen die sich mittlerweile für die Häuser und deren Erhalt interessieren mobilisieren per Flugblatt für das erste Hoffest in der Schanze, das den ganzen Tag andauern soll.
Es gab Kaffe und Kuchen, abends wurde der erste Sekt auf die Häuser getrunken.
Bewohner des Schanzenviertels, Mieter der Schanze 41 und die Wohngruppen feierten unter dem Motto HAFEN BLEIBT SCHANZE KOMMT.

10.6.87
OFFENER BRIEF
Am 10.6.87 wird von der "Interessengruppe Schanzenstraße 41"ein offener Brief formuliert, adressiert an die Grundstücksverwaltung Rebien, den Bausenator WAgner, das Amt für Stadterneuerung, das Denkmalschutzamt Hamburg und die Bezirksversammlung Mitte. In diesem Brief werden gefordert:
-Kein Abriß der HÄuser in der Schanzenstr.41
-Alle Häuser sind in einen Zustand zu versetzen, in dem man sie als Wohnhäuser bezeichnen kann, d.h. Dach-, Schwamm-, und Trockensanierung durch den Verursacher
-Langfristige Mietverträge für die Bewohnergruppen.
Die angesprochenen Stellen wurden aufgefordert sich bis zum 18.6.87 zu äußern und Stellung zu beziehen.
Gleichzeitig wurde weiterhin die Bevölkerung des Schanzenviertels über den Zustand der Häuser, den Stand der Verhandlungen und den Interessen der Bewohnergruppen informiert.

27.6.87
DIE BESETZUNG!!!

Am SAmstag, den 27.6.87 wurden um 11 Uhr morgends nach langen Gesprächen ob der Vorgehensweise, die Häuser in der Schanzenstr. besetzt.
Unter dem Motto "Hafen bleibt Schanze kommt" wurden die Häuser mit TransParenten verschönert und machten die Besetzung für jedermann/frau offensichtlich.
In den Häusern werden provisorisch Treppen errichtet und Schlafplätze eingerichtet.
Die ganze Nacht wird auf dem Hof gefeiert, Musik gespielt ,getrunken geredet und gelacht.
Die Polizei greift nicht ein, räumt auch nicht die von Sympathisanten und Besetzern belagerte Schanzensstraße vor den Häusern.
Am nächsten Morgen um 11 Uhr zählen die Besetzer den count down...die ersten 24 Stunden sind um und die Häuser sind nach wie vor besetzt.
In Haus 3 wird im Laufe des Tages das Info-Cafe "WIR BLEIBEN HIER" eingerichtet, die Hauswände werden mit Malereien verschönert, die erste Stromleitung wird provisorisch verlegt, das erste Klo instandgesetzt.



30.6.87
DIE RÄUMUNG
AM 30.6.,49 Stunden hatte die Besetzung gedauert, wurden die Häuser von einem starken Polizeiaufgebot geräumt. Von den wenigen Besetzern die in den Häusern geblieben waren wurden nur die Personalien festgestellt.
Kurz darauf begannen Rebiens Bauarbeiter mit der systematischen Zerstörung von den Dächern der entmieteten Häuser, demolierten die sanitären Anlagen in den Wohnungen und machten auch vor der Wohnung einer legalen Mieterin nicht halt. Die gesamten Möbel wurden nicht grade sanft auf die Straße verfrachtet.
Erst nachdem ein Anwalt hinzugezogen wurde schleppten die Arbeiter die Sachen wieder nach oben.
Rebien, der sich auf den "offenen Brief" der ersten Bewohnergruppe nicht gemeldet hatte war auch jetzt nicht zu erreichen.
Erst am Dienstag, als einige der Bewohner Rebiens Büro aufsuchten kam es zu einem Gespräch mit dem Prokuristen Rebiens.
Dieser sprach weiterhin von einem Teilabriß der Häuser, und, auf die Sanierungsfrage angesprochen, von der Planungsgewalt der Stadt HH.



1.7.87
DIE WIEDERBESETZUNG!!!
Am Mittwochabend den 1. juli 87 fand die Wiederbesetzung und mit ihr die este Volxküche statt.
Ich weiß nicht mehr was es "damals"zu essen gab.
In den darauffolgenden Tagen und Nächten wurden spontane Demonstrationen veranstaltet, Feste gefeiert, Flugblätter geschrieben, diskutiert und die esten Verhandlungen mit Rebiens Anwälten geführt.
Wohnungen wurden entrümpelt, der Hof wurde verschönert, Nachtwachen wurden organisiert, weil keiner wußte wann mit einem Überfall der Polizei zu rechnen war , Faschisten oder "heißen Sanierern".

17.7.87
DER MAUERBAU

AN diesem Tag soll und wird ein zu diesem Zeitpunkt noch legal bewohnter Gebäudekomplex zugemauert werden, um" die baufälligen Häuser abzusichern".
Die unter Polizeischutz angetretenen Bauarbeiter konnten wegen einer Sitzblockade der Bewohner erst nicht betreten Erst als durch ein verstärktes Polizeiaufgebot die Blokade beseitigt wurde begannen die Arbeiter mit dem auftragsgemäßen Mauerwerk.
Die Polizei überwachte nach der Fertigstellung noch 1 Stunde den Trecknungsvorgang desselben und zog dann ab.
Der Abriß der Mauern in den Fenstern ging wie bei den Trümmerfrauen Hand in Hand und dauerte keine Stunde.
Die Steine wurden zur Wieder Verwendung in den Hafen transportiert und in der Schanzenstr. zum Bau einer Barrikade, die die Hefeinfahrt weniger leicht begehbar machen sollte, verwendet

Es felgen Anfragen an REbien, den Senat, die Baubehörde, das Denkmalschutzamt, das Amt für Stadterneuerung, und und und.
Während der ganzen Zeit dreht nach wie vor der Abriß.

Die Idee der Gründung einer Genossenschaft wurde von dem Plenum als die letzte Möglichkeit , die Häuser zu retten begrüßt. Gleichzeitig war aber auch klar, daß die Bewohner nicht Genossenschaftsmitglied werden. Sie werden nicht vom Hausbesetzer zum Hausbesitzer.

Die Verhandlungen, die mit den Anwälten Rebiens geführt wurden, egal ob mit den Besetzern, irgendwelchen Mäzenen oder der Genossenschaft, sahen nur einen Kauf als Lösung.

Auf dem Hof bilden sich nach und nach Strukturen heraus, mit der Winterfestmachung wird begennen, Verstellungen wie dieser bunt zusammengewürfelte Haufen von Menschen zusammenleben kann und will, nehmen langsam aber sicher Gestalt an.

Bewohner und Besetzer der Schanze bedanken sich

für die Unterstützung und Solidarität der Bewohner des Schanzenviertels und für die ständigen Lebensmittelspenden, mit denen der Betrieb der Volksküche aufrecht erhalten werden kann

Milchmann
Susannenstr.

Türke
Schulterblatt bei Vasco

Bäcker
Schulterblatt neben dem Picken Pack

Türke
Susannenstr. Ecke Bartelsstr.

Chemal
Imbiss in der Wohlwillstr.

Vasco
Bioladen Schulterblatt

Spar
Bartelsstr.

STATTBAU HÄUSER SCHANZE

GENOSSENSCHAFT

LAWAETZ

In der letzten Zeit gab es verstärkte Diskussionen über die Häuserbewegung und Stattbau. Insbesondere auch in Hinblick auf die Gründung der Genossenschaft "Schanze", die die Häuser Rebien abkaufte.
Dieser Artikel ist als Diskussionsbeitrag zu verstehen. Wir haben uns mit der Geschichte Stattbaus befaßt, mit dem politischen Sinn, mit der Frage der 15% Selbstkostenbeteiligung, nochmal mit Rebien und einigen Geschehnissen um die Schanze herum.
Dann haben wir uns gefragt, was ist eigentlich die Lawaetz-Stiftung, wer steckt dahinter und zu welchem Zweck wurde sie geschaffen.
Viele Punkte wurden nicht angesprochen. Wir wollen euch bitten, diese Diskussion über Stellungnahmen weiterzuführen, die dann in der nächsten Ausgabe abgedruckt werden können.

Wie fing es an?

Anfang der 80er Jahre ist von vielen wohngruppen ein alternativer Baubetreuer gefordert worden. Ziel war es, abrißgefährdeten und billigen Wohnraum zu erhalten und neue Lebensformen zu schaffen. In einer Resulution der Wohngruppen hieß es: "Wir brauchen einen Sanierungsträger, der unsere Vorstellungen kennt und bereit und fähig ist, sie zu unterstützen und umzusetzen. Die Entscheidung, wer Sanierungsträger wird, darf nicht über die Köpfe der betroffenen Wohngruppen hinweg verordnet werden.
Unser jahrelanger Kampf gegen die Politik des "Betonsyndikats" (Saga, Amt für Stadterneuerung, Senat) wäre umsonst, wenn wir ihm jetzt doch Einfluß auf unsere Projekte zugestehen müßten."



Stattbau gründete sich 1985 - aus einer schon länger bestehenden Projektgruppe - in Form einer GmbH. Höchstes beschlußfähiges Organ ist die Gesellschafterversammlung, die sich aus drei Gesellschaftern zusammensetzt. Je zwei Mitglieder von den Vereinen "Mieter helfen Mieter", Autonome Jugendwerkstätten und Netzwerk sind darin verstreten.

Bis zum Mai 87 war Stattbau nur alternativer Baubetreuer, d.h. Vermittler zwischen Wohngruppen und Behörden. Sie stellte die Anträge bei ASE und überwachte die Bauphasen. Ab Mai 87 sind sie auch alternativer Sanierungsträger. Jetzt können sie selbst Gruppen und Projekte ermitteln.
Zu den Projekten Stattbaus gehören folgende Häusergruppen: Schmilinskystr. 6, Große Freiheit 73-75 + 84, Chemnitzstr., Am Felde 18, Winterstraße, Pinnasberg 74-76, Bergiusstraße, Heidritterstraße und demnächst wohl auch die Schanzenstraße.



Wie finanziert sich Stattbau, welche Gruppen werden betreut? Stattbau finanziert sich über Honorar. Das sind 7,4% pro Projekt/Höchstförderungssumme. Nicht von den Baukosten und nicht von der Selbsthilfe.
Die Entscheidung über Gelder liegt grundsätzlich beim Amt für Stadterneuerung (ASE).
Über die Zusammenarbeit mit den Häusergruppen sagt Stattbau in einer Selbstdarstellung, darüber entscheidet die Gesellschafterversammlung.

Stattbau

"Wir haben bislang noch keine Betreuung abgelehnt. Wenn eine Gruppe sich für ein Haus entscheidet und wir mit ihr zusammenarbeiten wollen, (dazu ist notwendig, daß die Gruppe unsere Unterstützung auch braucht - "Mittelstandsprojekte" gehören nicht zum "Kundenkreis" von Stattbau) dann bleibt es dabei."
Über die Finanzierung eines Projektes und den Phasenverlauf heißt es in dem Papier weiter: "Es gibt Teilgenehmigungen. Der erste Schritt ist die Planungsphase. Hierfür ist nur die grundsätzliche Bereitschaft des Grundeigentümers zur Überlassung des Grundstücks/Gebäudes notwendig.
Also zunächst noch kein Vertrag notwendig. Nach der Planungsphase wird das Ergebnis durch ASE begutachtet und wenn dann die Kostenschätzung des Architekten verspricht, daß sich das Gebäude im Rahmen der Fördergrenzen sanieren läßt, dann wird auch der sogenannte Zuwendungsbescheid für die Bauphase erstellt. Der Zuwendungsbescheid vom ASE ist das schriftliche und damit auch notfalls einklagbare Versprechen einen Zuschuß bis zu der genannten Höhe für die Verwirklichung eines bestimmten Projektes zu geben. An diesen Bescheid sind Auflagen geknüpft, z.B. die, daß die Gruppe 15% Selbsthilfe leistet. Zuwendungsempfänger ist Stattbau. Damit ist Stattbau verantwortlich für die korrekte Verwaltung und Verwendung der Gelder. Die Auszahlung der Gelder erfolgt entlang vorher bestimmter Bauphasen in Teilraten (summen etwa zwischen 150.000 und 250.00 DM)."
Zu den einzelnen Bauphasen und -anträgen zwischen Wohngruppe, Stattbau und ASE wäre noch einiges zu sagen. Es geht dabei um Details, die für Häusergruppen wichtig sind, hier aber nicht diskutiert werden sollen. Nachlesen kann man das besser in einem Fragekatalog der Bergiusstraße an Stattbau.

Wir wollen hier vor allem die politische Rolle Stattbaus diskutieren und die Tatsache, daß mit einer Selbstverständlichkeit 15% Selbstbeteiligung von den Behörden gefordert werden.
Aber wo anfangen ?



Klar ist, daß die Wohngruppen einen alternativen Sanierungsträger haben wollen. Nach dem Beispiel Berlins. Klar ist auch, daß der Senat das wollte, ebenfalls nach den Erfahrungen in Berlin. Es sollte ein Vermittlungsorgan zwischen Szene und Senat geschaffen werden, das eine Pufferfunktion wahrnimmt. Als "sozial integrativer Faktor". Und das weiß Stattbau auch, daß sie die Rolle eines Befrieders der Szene spielen sollen. Alles nach Vorschrift.
Die Frage ist, inwieweit sie das auch machen. Und vor allem, ob wir das geschehen lassen.

Es geht ne Menge ganz still über die Bühne. Es gibt einige Wohngruppen, die suchen sich Projekte zum Zusammenwohnen, kaufen oder schließen Erbpachtverträge ab. Das Häuserplenum war lange tot und wird erst jetzt wieder langsam belebt. Die Chemnitzstraße hat schlechte Verträge bekommen. Der Hafen wird unter Druck gesetzt mit absolut saumäßigen Verträgen.

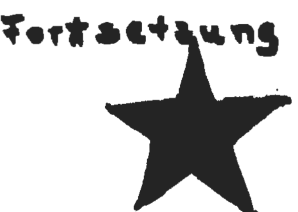


15% Selbstkosten?

Die Frage der 15% Selbstkostenbeteiligung ist von einigen Wohngruppen akzeptiert worden. Das heißt für die nächsten Jahre ist man/frau gut mit bauen beschäftigt, schlägt sich mit Paragraphen herum und hat nicht mehr viel Platz für andere Dinge.

Hau weg den Scheiß

15% Selbstkosten ist verdammt viel. Das muß man angeblich akzeptieren, wenn man überhaupt ABB-Gelder haben will. Und andere gibt es ja nicht. Und wofür ? Die Stadt und anderen Privateigentümer haben die Häuser jahrelang verkommen lassen. Zum Teil sind sie total verrottet. Der Sinn eines Wohnungspflegegesetzes ist den Behörden entgangen. Sie haben sich immer nur bereichert.
Wenn wir dann entgegen ihren Sanierungsabrißplänen Häuser erkämpft haben, ist nicht einzusehen, daß wir sie mit unserer Kraft und Kohle wieder instandsetzen. Und die, die an dem Zustand Schuld sind und jahrzehntelang nur die Mieter ausgesaugt haben, sind aus allem raus. →



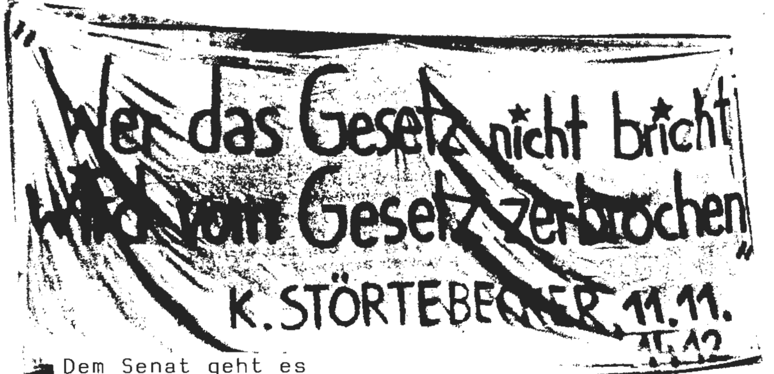
Der Senat und vor allem Dohnanyi stellen sich hin und reden von der Wichtigkeit in Hamburg stadt- und sozialgeschichtlich prägende Bauten zu erhalten. Originalton Dohnanyi: "Geschichte, gerade auch die der Sozialschwächeren soll für die Bürger unserer Stadt anschaulich bleiben. Eine Metropole wie Hamburg, die durch den Krieg in ihrer Bausubstanz schwer getroffen wurde, muß darauf achten, daß die historischen Zeugnisse der Lebensbedingungen in früheren Zeiten bewahrt werden." Ja, dann soll er doch dafür sorgen. Entgegen ihren ganzen Aussagen setzen sie den Bagger ein. Und wenn auf unseren Druck hin die Häuser stehen bleiben, fordern sie unsere Kraft für Schäden, die sie zu verantworten haben und versuchen uns über Jahre zu beschäftigen und zu zerstreiten. Dohnanyi, Wagner und andere Sprücheklopfer sitzen in ihren Villen und wir sollen die Bruchbuden für sie wieder instandsetzen, und sie schlachten das dann noch für sich in der Öffentlichkeit gut aus.

★

Und dann zählt der Selbstkostenanteil ja auch nur für die Instandsetzung, also für die Beseitigung der ganzen Mängel. Möchte aber jemand z.B. keinen Ofen, sondern eine Zentralheizung, dann ist das Modernisierung. Und der Selbstkostenanteil steigt.
Und diese Bedingungen der Behörden, konkret ASE, sind von Stattbau bei der Gründung bereits akzeptiert worden.
Und da zählt auch das immer wieder zu hörende Argument nicht, danach seien dafür die Mieten billiger. Das ist sowieso eine Selbstverständlichkeit. Wären diese Häuser regelmäßig instandgesetzt worden, gäbe es billigen Wohnraum und es wären nicht so hohe Sanierungsgelder erforderlich. Wieso sollen wir die Folgen dieser kapitalistischen Politik bezahlen ? Die Diskussion um die Selbstkostenbeteiligung ist schon mal gelaufen, aber das heißt doch nicht, daß sie nicht wieder geführt werden sollte.



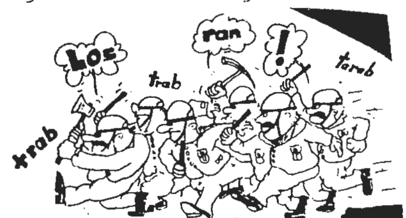
Beim Häuserkampf geht es nicht nur um die Häuser. Es gilt die Besitzverhältnisse anzugreifen, die Abrißsanierung zu bekämpfen und kollektive und selbstbestimmte Wohn- und Lebensformen zu ermöglichen; den anonymen Hochhausghettos was entgegenzusetzen.



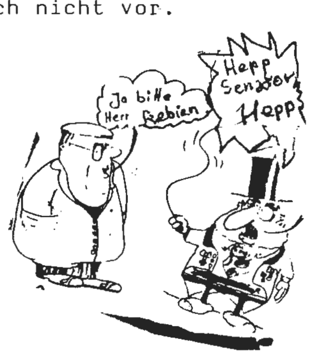
Dem Senat geht es darum, gewachsene soziale und politische Strukturen in Vierteln aufzubrechen und zu vernichten.
Dabei versuchen sie immer wieder, uns einzulullen und zu befrieden. Im Februar 87 hat der Senat 7 Häuser für Wohngruppen freigegeben. Die Auseinandersetzung um Wohnraum soll von der Straße weg. Mit ihrer Strategie versuchen einmal zu verhindern, daß es zu einem Kampf um Häuser kommt, zum anderen wollen sie auch nicht, daß es größere Häuserkomplexe in der Hand einer Gruppe gibt. Ihre Angstneurose vor der Hafenstraße.

Hafen bleibt Schanze auch!

Mit der Schanzenstraße gibt es jetzt seit längerer Zeit mal wieder ein größeres Projekt, das erkämpft worden ist.
Die Schanze wurde von der Genossenschaft Rebien abgekauft. Wobei nur die Vorderhäuser und das Hofgrundstück bezahlt worden sind. Die Häuser im Hinterhof hatten einen Kaufwert von Null. Häuserkampf beendet durch Kauf - ist nicht gerade der größte Sieg. Ist auch ein Zeichen von dem Kräfteverhältnis im Moment!
Ein Sieg ist es trotzdem, denn der Senat hat mit allen Mitteln versucht, die Schanze zu verhindern. Es gab ständig Polizeiprovokationen gegenüber den Besetzer. ebenso wurde auf die Anwälte Rebiens, die mit den Besetzern verhandelten Druck ausgeübt. Die Baubehörde, die Innenbehörde und FD 7 verlangten die Räumung.



Aus "informierten Kreisen" heißt es, daß sogar ein Lauschangriff auf das Büro der Anwälte gestartet worden war.
ASE hat noch während der Verhandlungen mitgeteilt, daß sie von ihren alten Sanierungsplänen nicht Abstand nehmen werden und das heißt weiterhin Abriß. Im Gegenteil hat ASE jetzt kürzlich versucht, die alten Sanierungspläne, die den Abbruch von Haus 1 und 3 und einem Teil von Haus 2 vorsehen dahingehend zu erweitern, daß alles abgerissen werden soll. Das wird allerdings etwas schwierig, denn der Senat hat auf die Anfrage der GAL im Juli geantwortet, daß die Terrassen Schanzenstraße als besonders schutzwürdig gelten, ohne jede Einschränkung.
Das Gleiche war schon in einer Presseerklärung des Senats aus dem April zu lesen, obwohl es da bereits die Abrißgenehmigungen gab. Wer weiß denn bei denen noch, was der andere macht ? Trotz aller Widersprüche sind sie sich darin einig, neue Wohn- und Lebensformen in der Schanzenstraße zu verhindern. Ganz nebenbei klang von ASE an, daß es auch die Möglichkeit gibt, ein Abrißgebot zu erteilen, wenn sich der Eigentümer weigert abzureißen. So ein Gebot ist jetzt in Sankt Georg erteilt worden, es gibt einen Rechtsstreit, ein Ergebnis liegt noch nicht vor.



Aber in Sachen Schanzenstraße noch einmal zurück zu Rebien. Er ist jetzt aus aller Verantwortung raus. Er ist die Häuser los. 50 Jahre lang hat er sie verrotten lassen und die Mieter ausgebeutet. Er ist ein Spekulant und hätte enteignet gehört. aber da er zu den Trägern dieses Systems gehört, hatte er seinen Schutz. Und mehr noch. In der Presse ist er auf einmal der beste Hausbesitzer in Hamburg.
Pressezitat: "Wo hat es das schon mal gegeben, daß sich ein Hauseigentümer mit Besetzern an einen Tisch setzt und eine Lösung sucht." Seine Lösung war die verrotteten Häuser abzureißen oder loszuwerden.
Er wollte aus den Schlagzeilen raus. Ist ihm auch gelungen. Und die Presse zeigt mal wieder, wo sie steht.
Die Hausbesetzer haben in Flugblättern immer wieder auf die Machenschaften Rebiens hingewiesen. Während einer Pressekonferenz am 31.8. haben sie das auch noch einmal ganz deutlich gemacht. Aber am nächsten Tag war darüber nichts zu lesen An dieser Stelle geht der Vorwurf an die Genossenschaft "Schanze", die in den Sitzungen mehr über Gelder und Mäzene sprach, als politisch zu diskutieren und zu versuchen, Rebien in die Verantwortung zu nehmen.
Auch die Diskussionen über Sinn und Unsinn der Genossenschaft sind vorher nicht öffentlich gelaufen.
Es scheint aber auch ein Fakt zu sein, daß ohne die Genossenschaft auf dem Hinterhof heute ein Haufen Trümmern wären.
Parteipolitisch ist die Genossenschaft ein (?) rot-grünes Bündnis. Unter anderem sind auch MitarbeiterInnen von StattbauMitglied.
Und so kommen wir wieder zu Stattbau.

Bildet Banden nehmt euch Häuser

Stattbau ist der reformerische Weg im Häuserkampf. Ist nur die Frage, ob im Moment ne Alternative ansteht.

Es gibt noch viel zu besetzen.

Und jede weitere Besetzung unterstützt den Hafen in seinem Kampf. Uns macht sie stärker und die Herrschenden ärgern sich.

Eigentlich sollte hier noch eine Diskussion mit den Wohngruppen über ihre Erfahrungen mit Stattbau laufen. Das haben wir nicht mehr geschafft.
Es wäre gut, wenn die Wohngruppen eine Stellungnahme abgeben würden, dann könnte das in die nächste Ausgabe.
Wir denken, daß man darauf achten muß, inwieweit sich Stattbau auf die Spielregeln des Senats einläßt.

LAWAETZ

Dem Senat ist es nicht sicher genug mit Stattbau. Deshalb haben sie einen neuen Sanierungsträger geschaffen, der staatsnah ist: die Lawaetz-Stiftung. In einem Senatspapier heißt es dazu: "Viele Projekte aus diesem (alternativen) Sektor finden nicht die Akzeptanz der Behörden, die notwendigerweise strenge Maßstäbe bei der Vergabe von Haushaltsmitteln anlegen müssen. ... Diese Stiftung soll die Aufgabe haben, die vorhandenen Beschäftigungsinitiativen in Hamburg untereinander zu verknüpfen und neue Möglichkeiten zu initiieren sowie Koordinationsfunktion auszuüben. Dies gilt insbesondere auch für den Bereich alternativer Baubetreuung, bei dem wohnungsbeschäftigung- und sozialpolitische Zielsetzungen aufeinander abgestimmt werden müssen."
Also kurz gesagt, der Versuch, uns voll unter die Kontrolle zu bekommen.
Im Vorstand der Lawaetz-Stiftung sind die Baubehörde und die Behörde für Arbeit, Jugend und soziales. Die Stiftung hat zwei Arbeitsschwerpunkte. einmal im Bereich der Stadterneuerung, also als Sanierungsträger und zum anderen in der alternativen Betriebsgründung. Als Sanierungsträger sind sie in Konkurrenz zu Stattbau entstanden.
Im Bereich Betriebsgründung ist auch Netzwerk vertreten und zwar in einem Arbeitsausschuß, der über die Geldvergabe entscheidet. Netzwerk hat dort aber nur Beratungsfunktion.

Man/frau wird sehen, ob es der Senat schafft, uns über diese Stiftung zu befrieden und zu kontrollieren.



Im folgenden Text soll es um die aktuellen Veränderungen bei uns im Schanzenviertel gehen. Dabei ist klar, daß sich jeder Stadtteil/Kiez in seinem Erscheinungsbild ändert, aber diese Entwicklung schnell oder langsam, gut oder schlecht sein kann. Das hängt ganz davon ab, welche Menschen welche Interessen im Stadtteil durchzusetzen versuchen und welchen Erfolg sie damit haben.
In der letzten Zeit sind dazu einige Aktionen in anderen Stadtteilen (nicht nur in Hamburg) gelaufen.
So wurden z.B. im Karoviertel die Scheiben eines Cafés eingeworfen, in Berlin-Kreuzberg 15 Liter Scheiße in einem Restaurant ausgekippt, jeweils von Menschen, die nach eigenen Aussagen der "Schickisierung" des Stadtteils, in dem sie ihre Lebenszusammenhänge haben, nicht tatenlos zusehen wollen.
Deshalb soll hier zur aktuellen Entwicklung im Schanzenviertel gesagt werden, wie die Dinge liegen, damit zur Abwechslung mal Sachen vorher klar sind und nicht, wie im Karoviertel, diese wichtige Diskussion von z.B. abgehobenen Programmblättchen-Schreibern u.ä. nach einer Aktion bestimmt wird.

NEUE LÄDEN BRAUCHT DAS 1/4 ?

In den letzten Wochen und Monaten haben diverse Läden den Besitzer gewechselt bzw. neu aufgemacht. Das ist an sich ja erstmal nichts Schlechtes, nur haben wir uns dann gefragt, in welche Richtung geht das Ganze? Nun wollen wir ja nicht den Menschen vorschreiben, welche Klamotten sie zu tragen haben, welche Sachen sie brauchen oder nicht brauchen etc. Doch fühlen wir uns durchaus dazu in der Lage zu entscheiden, daß irgendein Laden nicht zur "Bedarfsbefriedigung" der Menschen hier im Viertel beiträgt. Es geht also nicht nur darum, ob teuer oder nicht teuer. Was nützt uns ein Laden, der vielleicht billig ist, aber dessen Angebot aus überflüssigem Plastikschrott besteht? Mensch belächelt ihn und denkt, in einem Vierteljahr ist er sowieso wieder weg. Weit gefehlt und dann entdeckt mensch plötzlich die ganz neue Schuhmode, die nicht einmal sehr teuer angeboten wird. Die auch angebotenen "DocMartens"-Skinstiefel führten zwar noch nicht dazu, daß jetzt die Skins haufenweise im Schulterblatt einkaufen gehen, aber wer soll die Teile kaufen? Die Hauptkäuferschicht ist jedenfalls nicht aus unserem Viertel! Auch an die heimlich (?) doperauchenden (legalize it!) Menschen im Viertel wurde gedacht. Doch wer kauft sich schon ein Rohr für DM 40,- oder ein Shilum für ähnlich viel Knete, wo mensch doch nur drei Blättchen dafür braucht oder eine kleine Purpfeife? Sind es doch diejenigen Menschen, die sich so ein Teil kaufen und zuhause gut sichtbar auf den Schrank stellen, weil es schick ist und ein gewisses In-sein vermittelt? Wieviel die Ladenmenschen im Kopf haben, wird deutlich, wenn die Auslage näher betrachtet wird. Nicht nur, daß Lenin-Sticker einträchtig neben Blättchen im Yankee-Banner verpackt zu sehen sind, nein, auch Shilums in Schwanzform und in Form eines Frauenoberkörpers lassen tief blicken. Gegen diese (Pseudo-)Freiheit des Handels sind wir ganz entschieden. Übrigens: Das Teil in Schwanzform wurde nach Protesten von einigen Frauen aus dem Fenster genommen (bravo!), aber nach zwei Tagen stand es dann wieder da!

Our views are firm because our facts are hard.

Es gibt noch ein paar weitere Läden, über die wir ähnliches sagen können, aber es ging uns erstmal darum aufzuzeigen, was sich tendenziell hier entwikkelt.
Vor ca. sechs/sieben Jahren wurde auf die Entwicklung der hiesigen Kneipenszene (damals "Pickenpack", "Durchblick" sowie "Rockbomber") hingewiesen und auch Widerstand geleistet (Stinkbomben, Klos verstopft etc.), heute haben wir dies hingenommen (nicht akzeptiert). Heute werden wir damit konfrontiert, daß unser Viertel für Menschen, die (noch?) nicht hier wohnen, attraktiv gemacht wird und zwar auch für das tägliche Leben. Bei dieser noch schleichenden Entwicklung spielen diese Läden eine Vorreiterrolle, andere passen sich an (vom Bio-Laden zum Plastik-Laden).
Parallel dazu läuft eine PR-Kampagne für dieses Viertel, die es in sich hat. Zum einen wurde am 19./20. September versucht, das erste Kommerzstrassenfest im Schulterblatt zu veranstalten (Motto: Kunterbuntes Schulterblatt). Geplant war ein Straßenfest um den Block Rosenhofstraße, Susannenstraße und Schulterblatt, dies wurde aber von den Bullen nicht genehmigt. Übrig blieb ein kleiner Haufen von Freß- und Saufständen unter sehr geringer Beteiligung der hiesigen Läden. Da das sog. Kulturprogramm weitgehend entfiel, das Wetter am zweiten Tag leider schlecht war und die Menschen aus dem Viertel eh keinen Bock auf das Teil hatten, lief das Ganze sozusagen ins Leere. "Ein Lächeln hat Euch begleitet!" Nichtsdestotrotz sollten Straßenfeste immer noch von uns allen gemacht werden und nicht von Profis aus der City!

Zum anderen trug der "Szene"-Verlag auch wieder ´mal (s. Artikel zum Karo-Viertel) seinen Teil dazu bei. Vor ein paar Tagen kam das neue Hamburg-Buch heraus. Im Abschnitt "Shopping" wurde dem Schulterblatt immerhin ein Platz von fast 1-1/2 Seiten überlassen. Es werden ziemlich alle Läden namentlich erwähnt, auch die, die es schon länger nicht mehr gibt, das Ganze im üblichen "Szene"-Stil verbraten. Kostprobe? Na gut:"Wer im Schanzenviertel wohnt, bleibt gerne unter sich. Gleichgesinnte jedoch, die am Wochenende mit einer von kaufwütigen Massen überquellenden Mönckebergstrassenichts anfangen können, werden von den Anwohnern des Schulterblatts und der umliegenden Straßen gerne aufgenommen und als ihresgleichen behandelt. Also dann: Den Rucksack schultern, die zerfetzten Turnschuhe anziehen, den Kater vergessen und mit den letzten Groschen aus dem zertrümmerten Sparschwein auf die Straße zum Alternativ-Shopping." Und zum Schluß wird der Zusammenhang hergestellt zwischen dem, was schon war (Nachtleben am Pferdemarkt und Umgebung) und dem, was jetzt sein soll:"Fazit unserer Exkursion: Das Schanzenviertel mit seiner Hauptstraße, dem Schulterblatt, ist nicht zuletzt jenen Zeitgenossen zu empfehlen, die sich unbedingt 24 Stunden durchgehend auf den Beinen halten wollen." Das ist der Stil, in dem früher die sog. Alternativ-Reiseführer für Griechenland etc. geschrieben wurden, wo dann drin stand, wie mensch am besten von einer griechischen Familie aufgenommen wird und die auch noch im Schafstall schläft, damit ihre Betten freiwerden. Doch wird dieses Alternativ-Shopping sicherlich ziemlich langweilig, da das, was für uns das samstägliche Einkaufen (oder auch in der Woche) so angenehm gestaltet (Menschen treffen, an der Ecke stehen und warten, wer noch so kommt etc.), dies läßt sich nicht kaufen!

Bekanntlich ist der Teil um das Schulterblatt herum Sanierungsgebiet. Sanierung bedeutet auch immer höhere Mieten und damit Vertreibung von den Menschen, die wenig Knete haben. Nun wollen wir nicht so weit gehen und sagen, diejenigen, die das Viertel attraktiv für andere Schichten machen, sind die Wegbereiter der Sanierung. Nur: Wer Andere hierherlockt, ist auch mitverantwortlich für steigende Mieten (Wohnungen _und_ Läden) und damit auch für eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur, denn der "Reiz" hier zu wohnen erhöht sich noch weiter durch das Angebot des Alternativ-Shoppings.

Was wir brauchen sind Läden und Ladenkollektive, in denen wir z.B. für wenig Geld unverstrahlte, giftfreie Lebensmittel kaufen können oder Kleidung, in denen nicht schon eingearbeitete Sollbruchstellen dafür sorgen, daß sie nach einem halben Jahr auf dem Müll landet; Kneipen und Treffpunkte, die billig sind, wo jeder reinkann und wo mensch nicht zum Konsum gezwungen wird. Was passiert stattdessen: Wir können uns freuen, daß wir uns die dritte Lederjacke in den Schrank hängen dürfen (sofern wir das Geld haben), das vierte Paar Spitzschuhe, wir können unseren Lieben aufblasbare Donald Duck´s schenken und uns mit "edlem" französischen Wein die Birne zukippen. Kurz gesagt: Der Überfluß und die Hirnvernebler kommen ins Viertel!

AKTUELL

1000 Töpfe, die bislang das alte Lichtspielhaus Flora am Schulterblatt gepachtet haben und das unter Denkmalschutz stehende Haus trotz viel gelber Farbe reichlich runterkommen ließen, wird zum 31.12.87 dort ausziehen. Die Stadt Hamburg, der das Gebäude gehörte, hat es am 24. September an Stella Productions verkauft, vermutlich für DM 1 Million oder noch weiter unter Preis. Stella Productions ist eine Tochtergesellschaft der Useful Company von Andrew Lloyd Webbe der durch weltweite Musical-Inszenierungen und knallhartes Management saftig absahnt. Dabei paßt dem Stella-Chef Fritz Kurz das "Flora" gut in den Kram. Es muß zwar sehr aufwendig umgebaut werden mit zusätzlichen Anbauten und teurem Theaterequipment; da das "Flora" jedoch ein ehemaliges Theater ist, wird der Umbau sozusagen eine Restauration aus Denkmalschutzgründen, die von der Stadt satt bezuschußt und von der Steuer voll absetzbar werden kann. Schon bei "Cats" im Operettenhaus, für das bis heute keine Miete an die Stadt bezahlt wird, gilt: Mit Cats fängt man Mäuse. Das neue Musical "Phantom of the Opera" legt also bereits weit vor der geplanten Premiere im Frühjahr 1989 (Hafengeburtstag!) die Mausefallen aus und soll später dann hauptsächlich den ganz normalen Musicalfreund ansprechen. Die bunte, ungeordnete "Cats"-Inszenierung, die mehr auf Teenager, Familien und den Jedermensch abzielte, hat die Massen so planmäßig abgefertigt, daß nun dasselbe mit dem durchschnittlichen Hamburger Theatergänger in Angriff genommen werden kann. Dafür ist das Schanzenviertel das ebenso geeignete Ambiente wie die Reeperbahn für "Cats". Und wenn nicht heute, dann spätestens bis zur Premiere. Das weiß nicht nur Fritz Kurz, sondern auch der Senat. Deshalb zierte sich z.B. Ingo v. Münch noch am 19. September, daß es mehrere Anbieter gäbe, wohl aber mehr aus verkaufstaktischen Gründen. Fünf Tage später gab die Baukommission der Finanzbehörde ohne große Umschweife Stella den Zuschlag.
Aus dem "Flora" soll aber mehr werden als eine bloße Musical-Bühne. Geplant ist ein Veranstaltungszentrum mit Kleinkunstbühne (50 Plätze), ein Programmkino (200 Plätze) sowie Gastronomie; dies alles soll neben dem Musical und seinem Backstage-Trakt Platz finden in dem zweistöckigen Anbau, der auf dem hinteren Gebäudeteil aufgesetzt werden soll. Es wird also viel gebaut werden in der nächsten Zeit. Das Grundstück wird übrigens im Erbbaurecht an Stella übergeben und die Stadt will für 1000 Töpfe Ersatzräume schaffen. Damit wäre dann wieder eine preiswerte Einkaufsquelle (manchmal gab´s ja auch was umsonst) weg.

Ob sich das alles lohnt ist jedenfalls bei dem Programmkino eher zweifelhaft. Zwar gibt es hier keins, aber in der Bernstorffstraße soll das alte DeuLi (Deutsches Lichtspielhaus) wieder eröffnet werden. Die Kleinkunstbühne wird aufgrund der Zusammenarbeit mit dem Thalia-Theater wohl ein voller Erfolg. Die Gastronomie bindet nach den jeweiligen Veranstaltungen die Besucher, auf der anderen Seite gibt es bestimmt ein paar Kneipen, die sich ein Stück von diesem neuen Kuchen mitabschneiden wollen. Programmkino und Kleinkunstbühne dämpfen einen Teil der Aggression der hiesigen Bewohner auf das Kommerz-Musical und schon wird das Viertel attraktiver für die "neuen Einwanderer". Optimal?
Unter diesen Gesichtspunkten müßte mensch natürlich auch ganz anders über die zu Recht geforderte Verkehrsberuhigung nachdenken. Diese wird ganz bestimmt als Geschenk für die Bewohner hier verkauft werden, aber wer ein wenig Phantasie hat, kann sich ja mal überlegen, wie das Viertel in ca. zwei Jahren aussehen wird. Und daran soll mensch nichts ändern können?!?
Ein weiterer Punkt sollte dann eigentlich noch der Weggang von Montblanc aus dem Viertel sein (Auswirkung auf die vielen kleineren Läden hier etc), aber das verschieben wir auf die nächste Ausgabe. Es wollen sich diverse Menschen einmal Gedanken zum Thema "wie verändert sich ein Viertel durch immer weniger Gewerbe" u.ä. machen. Ein offener, dafür aber auch schon älterer Brief wird dann auch nochmal abgedruckt.

INVASION IM ◇ ROT 1/4

Seit einiger Zeit tut sich was in dieser "Oase mitten in Hamburg". Schicki-Neon-Läden schießen wie Pilze aus dem Boden.
Wo sich noch vor kurzer Zeit ein Jugendtreff für Ausländer befand, ist jetzt ein hair-styling-studio eingezogen. Aus verschiedenen Szenekneipen wurden Edelrestaurants, die in Preis und Aufmachung ihresgleichen wohl am ehesten in Pöseldorf finden. Besonders übel hervorgetan hat sich dabei das "Caspari" (eine Filiale des "Café Klatsch") mit dem Werbespruch: Schlemmen in der Bronx von Hamburg. Vorläufige Höhepunkte dieser Entwicklung waren die Auseinandersetzungen um die Schickiläden "Caspari"/"Café Klatsch" und das "Karo-Leben" (Stadtteil(?)fest Anfang September).

KOMMANDO HAU WEG DEN SCHEIß...

Ende Juli haben einige Leute (Kommando Hau weg den Scheiß), die dieser schleichenden Veränderung des Viertels anscheinend nicht tatenlos zusehen, die Scheiben des "Café Klatsch" eingeworfen und einen "Denkzettel" hinterlassen, der versuchen sollte, die Hintergründe der Aktion zu erklären (Schweinepreise, Besetzung des Viertels, Anbiederung an die Szene).
Daraufhin setzte eine ziemlich üble Denunziationskampagne ein. Die Besitzer des "Caspari" und "Café Klatsch" (Maria Hiller undHeini Lappe) setzten Angestellte ihrer Läden aufgrund vager Verdächtigungen auf bestimmte Leute der Szene an (Schreibmaschinenproben etc.), bezichtigten die VoBo-Ini, hinter der Sache zu stecken, und überlegten öffentlich, ein Kopfgeld auf die Buhmenschen auszusetzen. Das vorläufige Ende vom Lied: FD 7 und Bundeskriminalamt ermitteln im Karo-Viertel.
Kurz darauf erschien in der "Szene" (Sept. '87) ein schweinischer Hetzartikel von Ronald Gutberlet, dessen Inhalt aus der Springerpresse reichlich bekannt ist, von der Wortwahl jedoch faschistischen Organen in nichts nachsteht. Einige Kostproben:
"Randale von rauschgiftsüchtigen Revoluzzern?"
"Amateurterroristen versuchen vermeintliche Kapitalisten aus dem Karolinenviertel zu vertreiben"
"Es scheint auch nicht außergewöhnlich, wenn sich Sozialhilfeempfänger im Café Klatsch Sekt zum Frühstück bestellen" usw.

Vor diesem Hintergrund fand am ersten Septemberwochenende ein "großes Kulturfest im Karolinenviertel" statt, an dem sich mehr Bewohner beteiligten, als den auswärtigen Veranstaltern lieb war. Höhepunkt war dabei die Modenschau im Vorwerkstift. Gestaltet vom "Kollektiv Junge Karriere und Weisheit". Zeigt dieser Name allein schon die hirnlose Arroganz der MacherInnen, überbot das Programm alle Erwartungen: Angefangen vom Eintrittspreis (7,-), der den meisten Leuten

KRIMINELLE ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH

freundlicher(?)weise erlassen wurde, bis zu den Kreationen, deren Unterhaltungswert doch erheblich war, unterstrichen von zwei Dutzend Flaschen Freisekt (wofür wir uns hier nochmal bedanken!), war der erste Teil des Programms echt gelungen. Unangenehm bis unerträglich wurde es dann, als die Gruppe "Bubu Babes" auftrat und ihren schwachsinnigen und sexistischen Singsang zum Besten gab, was dann auch zu einem jähen Ende der Veranstaltung führte. Alles in allem also ein gelungenes Fest.
Warum dann die ganze Aufregung?

Dahinter steht die berechtigte Befürchtung vieler Leute, daß dem Karo-Viertel eine ähnliche Entwicklung bevorsteht wie sie in Pöseldorf, Eimsbüttel und Eppendorf schon gelaufen ist bzw. noch läuft. D.h. zuerst wird durch oben beschriebene Läden eine Freizeit- und Konsuminfrastruktur geschaffen, die diese Viertel für bestimmte Schichten (junge Künstler, Journalisten u.ä.) attraktiv/interessant macht (der Hauch von Tanz und Abenteuer). Die Folge ist, daß aufgrund besserer Angebote Mieten für Läden und Wohnungen angezogen werden und immer mehr Leute aus sozialverarschten Schichten (Rentner, Arbeitslose, Studis etc.) es sich einfach nicht mehr leisten können, in diesen Vierteln zu leben. Das wiederum führt zu einer schleichenden Zerstörung der gewachsenen sozialen/menschlichen Strukturen. D.h. konkret, Vertreibung von Bewohnern in die Betonghettos am Stadtrand, wo die Strategie von Vereinzelung und Isolierung der Menschen voll aufgeht.

Das solch eine Entwicklung genau den Interessen der Herrschenden und ihren polizeitechnokratischen Stadtplanern entspricht, dürfte bekannt sein. Wurde doch schon in den 30er Jahren das Karo-Viertel als "gemeinschädlicher Stadtteil" von den Nazis erkannt und eine "Umstrukturierung der Bewohnerschichten" ins Auge gefaßt. Diese "Sanierungs"pläne sind bis heute noch aktuell und liegen unter den Stichworten "soziale Entflechtung/Entmischung" in Schubladen der Stadtbaubehörden. Besonders deutlich wird diese Strategie an den exemplarischen Vorschlähen Perschaus zum Umgang mit den BewohnerInnen der Hafenstraße: Therapeutische Wohngemeinschaften im Stadtrandbereich.
Was hinter solchen Konzepten steht, ist klar: präventive (vorbeugende) Aufstandsbekämpfung.
Und das nicht erst seit dem 1. Mai in Kreuzberg. Daß dort seit einiger Zeit die gleiche Auseinandersetzung in puncto Schickis läuft, ist jedoch bezeichnend.
Daraus jetzt aber abzuleiten, das die einzelnen Schickiläden sich bewußt zu Erfüllungsgehilfen der herrschenden Krisenverwalter machen, würde wohl zu weit führen. Auf der anderen Seite ist jedoch Fakt, daß sie objektiv genau diese Funktion einnehmen - Kaputt"sanierung" mit anderen Mitteln.
DA DÜRFEN WIR NICHT TATENLOS ZUSEHEN !!!
Einzige Lösung wird sein, daß die Leute das einsehen und mit ihren Edelläden in die Viertel gehen, wo sie die entsprechende Kundschaft (denn es geht ja zugegebenermaßen um's Geschäft) vorfinden.
Die Tatsache, daß oben gesagtes auch für's Schanzenviertel und Altona/Ottensen gilt, wo sich eine ähnliche Entwicklung anbahnt, sollte Grund für uns sein, verschärft darüber nachzudenken, was das für uns heißt, wenn sich diese Einsicht bei den Schickis nicht durchsetzen sollte.

ein Mensch aus'm Viertel

EINLADUNG



PRESSEMITTEILUNG

Im Hamburger Karolinenviertel findet in diesem Sommer eine positive Veränderung statt.
Nachdem dieser Wohnbezirk vor einer Kahlschlagsanierung bewahrt wurde, haben hier eine Reihe junger Künstler eine neue Heimat gefunden.

Junge Maler, eine kleine Galerie, Filmstudios, urige Kunstobjekte - eine bunte Mischung, die, zusammen mit Geschäften und mancherlei kulinarischen Angeboten, den Besuch dieser Oase mitten in Hamburg verlokkend macht.



Boykott

VOLKSZÄHLUNG 1987
Personenbogen

Wie aus nebenstehenden VoBo-Nachrichten zu entnehmen ist, fängt das Statistische Landesamt Hamburg an, Heranziehungsbescheide zu verschicken. Zwangsmaßnahmen werden angedroht. Die Boykottinitiativen machen zur Zeit eine Kampagne für den Abbruch der gescheiterten Volkszählung (zumindest in Hamburg) durch eine Unterschriftensammlung oder auch witzige Aktionen wie den auf dieser Seite abgedruckten Brief, den zehntausende Hamburger Haushalte in der letzten Septemberwoche in ihren Briefkästen vorfanden.
150.000 - 200.000 Hamburgerinnen haben noch immer ihren Bogen nicht abgegeben, nicht wenige haben noch gar keinen erhalten. In manchen Stadtteilen, auch im Schanzenviertel, liegt die Boykottbeteiligung bei 40%. Zumindest für Hamburg kann gesagt werden, daß die Volkszählung 87 für den Staat ein Flop war, denn gerade in den undurchschaubaren "Problemstadtteilen" war und ist der Boykottwille groß.

...beugen wir uns jetzt den Zwangsmaßnahmen?
Es gibt jetzt 2 Möglichkeiten den Boykott aufrechtzuerhalten:
1. Den juristischen Weg einschlagen, daß heißt, Widerspruch einlegen gegen den Heranziehungsbescheid beim Statistischen Landesamt und einen Antrag auf Herstellung der Aufschiebenden Wirkung beim Verwaltungsgericht HH stellen. Bei Ablehnung entstehen etwa Kosten von DM 100,--. Danach können Zwangsgelder festgesetzt werden.
In anderen Bundesländern (Niedersachsen!) ist diese Phase bereits erreicht. Es hat sich dort gezeigt, daß die Gerichte Widersprüche nicht individuell bearbeiten und beantworten, wie sie es eigentlich müßten, sondern mit Computer-Vordrucken. Es lohnt sich also warscheinlich nicht, ellenlange Begründungen für die Widersprüche zu schreiben.

VOLKSZÄHLUNG 1987
Personenbogen

Von möglichen positiven Gerichtsentscheiden in Hamburg würden warscheinlich nur die Leute profitieren, die den juristischen Weg beschritten haben. Wer also keine Lust auf diesen Weg hat und die 2. Möglicjkeit des weiteren Boykotts wählt - nämlich nichts zu tun - könnte dabei rausfallen und wäre eventuell schneller von Zwangsmaßnahmen betroffen.
Für Alle gilt aber:
Nichts bezahlen!
Wollen wir doch mal sehen, wie das aussieht wenn Beitreiber bei tausenden von Leuten bei uns im Schanzenviertel pfänden gehen wollen. Sollen sie mal kommen, da freuen wir uns schon drauf. Aufpassen müssen wir allerdings, wenn wir einen festen Job und ein Konto haben. Hier besteht theoretisch die Möglichkeit der Lohnpfändung. Aber so weit ist es ja noch nicht, informiert euch über die Presse oder kommt zur VoBo-Initiative.
Im Schanzenviertel zur Zeit jeden Dienstag 20.oo Uhr, Barteisstraße 7
Der Boykott geht weiter!

VoBo-Nachrichten

Eigentlich hat sich in den letzten wochen nicht viel getan.
Die vom Statistischen Landesamt angekündigte Verschickung von Heranziehungsbescheiden läuft jetzt langsam an. Einzelne Schreiben in Wellingsbüttel, Wandsbek und Eimsbüttel. Es handelt sich dabei um Briefe, die bislang mit einfacher Post verschickt werden und eher den Charakter von Mahnschreiben haben. Zwangsgelder werden zwar generell angedroht, aber weder die Höhe noch der Zeitpunkt werden festgesetzt.
Das Plenum der Hamburger Initiativen gegen die Volkszählung hat daher beschlossen, daß wir auf diese Teile noch nicht reagieren sollten, sondern abwarten, bis die "offiziellen" blauen Briefe kommen. Denn wer sollte uns beweisen, daß uns diese Schreiben je erreicht haben?! So weit erstmal.
Noch zwei Hinweise:
Ab 1.Oktober wird das Info-Büro in der Altonaer Straße 28 nur noch am Montag und Mittwoch von 15.oo-19.oo geöffnet haben.
Plenum ist weiterhin jeden Mittwoch um 19.30, nur am 1. Mittwoch im Monat fällt es aus!
Das Plenum hat immer noch über 6.000,-- Schulden. Wir brauchen dringend Kohle,
Spendenkonto: Haspa BLZ 20050550
Kto. 1013/875925 Th.Effenberger

STATISTISCHES LANDESAMT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

Statistisches Landesamt, Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11

An
alle Haushalte
Hamburgs

Datum im September 1987
Telex 0212121 senat d

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Sie alle waren aufgefordert, sich an der Volkszählung 1987 zu beteiligen und sind auch mehrheitlich Ihrer staatsbürgerlichen Pflicht zur Unterstützung dieser notwendigen Maßnahme nachgekommen. Dafür danke ich Ihnen.

Dennoch haben bis zum jetzigen Zeitpunkt (Ende September 87) etwa 200.000 Hamburger Bürgerinnen und Bürger die gesetzlich vorgeschribene Auskunftspflicht verweigert. Darüberhinaus mußten die Mitarbeiter meines Amtes in den vergangenen Monaten feststellen, daß bei einem großen Teil der bereits zurückgelaufenen Erhebungsunterlagen - insbesondere bei den Haushaltsmantelbögen und bei den Personenbögen - viele Angaben falsch bzw. unvollständig getätigt wurden. Aufgrund der auch daraus resultierenden zusätzlichen Arbeitsbelastung für die Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes läßt sich nicht detailiert feststellen, wie hoch die tatsächliche Fehlerquote ist. Wir müssen jedoch bereits heute davon ausgehen, daß sie sich in einer Größenordnung bewegt, die eine verläßliche Auswertung der gewonnenen Daten nicht mehr zuläßt. Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen, daß die Fehlerquoten dort z.T. bei über 50% liegen. Als Grundlage weiterer Planungsvorhaben erweist sich die Volkszählung damit als nicht geeignet.

Aufgrund dieser Sachlage hat das Statistische Landesamt Hamburg im Einvernehmen mit dem Hamburger Senat beschlossen, die Volkszählung 1987 nicht weiter durchzuführen und auf mögliche Zwangsmaßnahmen zu verzichten. In anderen Städten und Gemeinden im Bundesgebiet wird bereits ähnlich verfahren.

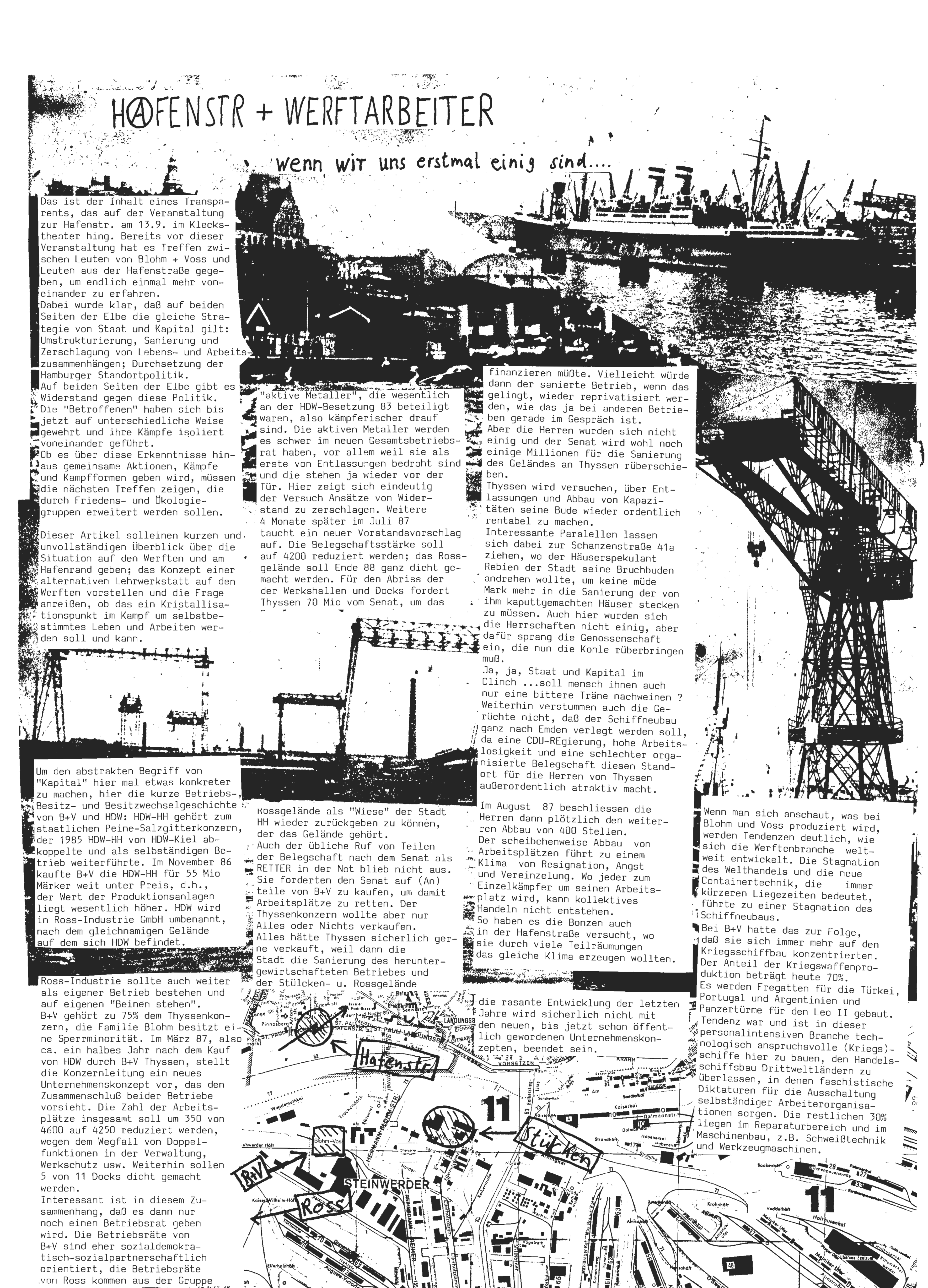
Wir bitten Sie daher, die bereits laufende Korrespondenz, insbesondere auch eventuelle Postzustellungsurkunden, als gegenstandslos zu betrachten. Wegen der kurzfristigen Entscheidung werden sich in Einzelfällen Überschneidungen leider nicht vermeiden lassen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne unter der Telefon-Nr. 36811 zur Verfügung.

In der Hoffnung, daß diese Entscheidung auch in Ihrem Sinne getroffen wurde, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Dr. Erhard Hruschka
Senatsdirektor



H(A)FENSTR + WERFTARBEITER

wenn wir uns erstmal einig sind....

Das ist der Inhalt eines Transparents, das auf der Veranstaltung zur Hafenstr. am 13.9. im Klecks-theater hing. Bereits vor dieser Veranstaltung hat es Treffen zwischen Leuten von Blohm + Voss und Leuten aus der Hafenstraße gegeben, um endlich einmal mehr voneinander zu erfahren.
Dabei wurde klar, daß auf beiden Seiten der Elbe die gleiche Strategie von Staat und Kapital gilt: Umstrukturierung, Sanierung und Zerschlagung von Lebens- und Arbeitszusammenhängen; Durchsetzung der Hamburger Standortpolitik.
Auf beiden Seiten der Elbe gibt es Widerstand gegen diese Politik. Die "Betroffenen" haben sich bis jetzt auf unterschiedliche Weise gewehrt und ihre Kämpfe isoliert voneinander geführt.
Ob es über diese Erkenntnisse hinaus gemeinsame Aktionen, Kämpfe und Kampfformen geben wird, müssen die nächsten Treffen zeigen, die durch Friedens- und Ökologiegruppen erweitert werden sollen.

Dieser Artikel solleinen kurzen und unvollständigen Überblick über die Situation auf den Werften und am Hafenrand geben; das Konzept einer alternativen Lehrwerkstatt auf den Werften vorstellen und die Frage anreißen, ob das ein Kristallisationspunkt im Kampf um selbstbestimmtes Leben und Arbeiten werden soll und kann.

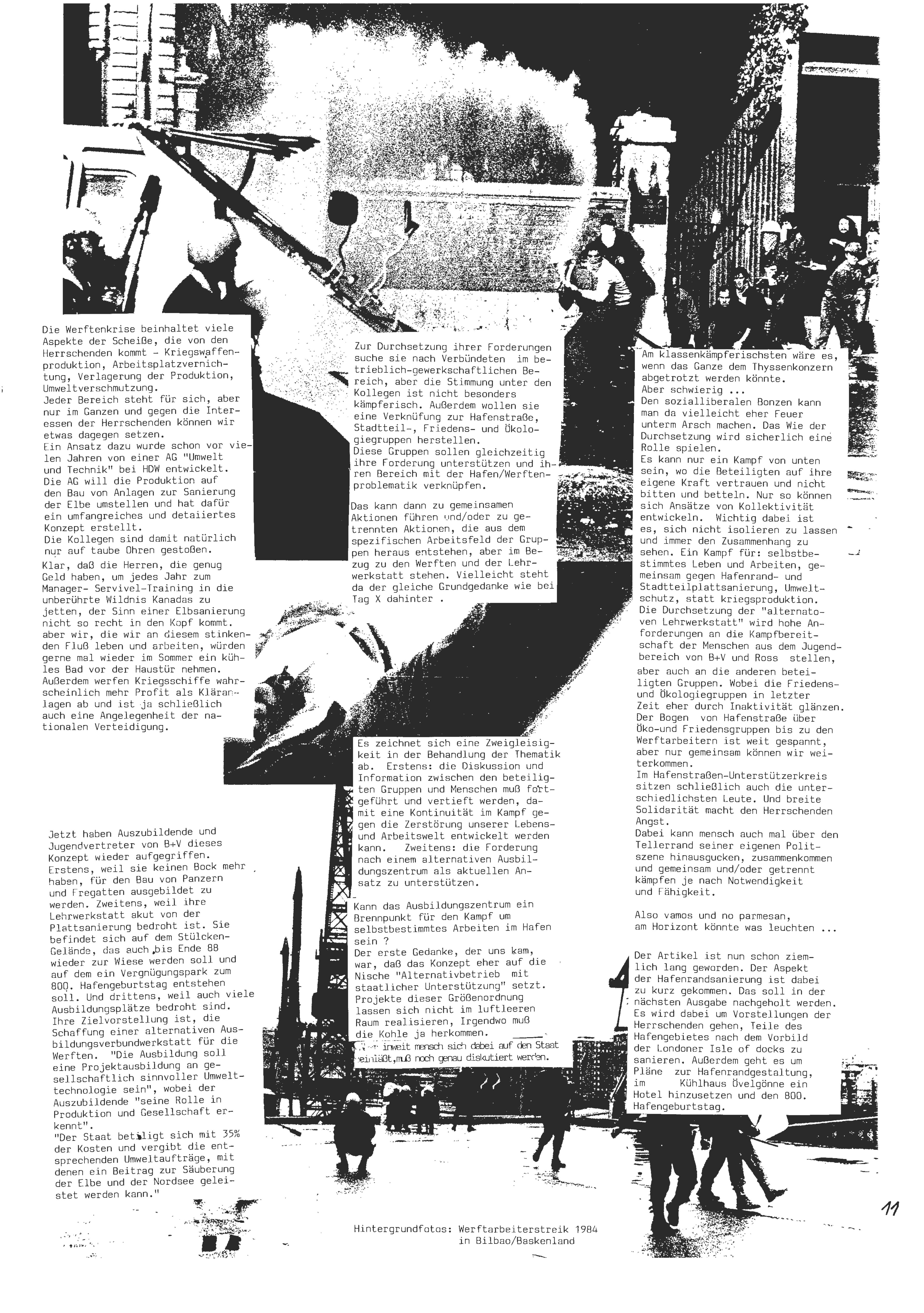
Um den abstrakten Begriff von "Kapital" hier mal etwas konkreter zu machen, hier die kurze Betriebs-, Besitz- und Besitzwechselgeschichte von B+V und HDW: HDW-HH gehört zum staatlichen Peine-Salzgitterkonzern, der 1985 HDW-HH von HDW-Kiel abkoppelte und als selbständigen Betrieb weiterführte. Im November 86 kaufte B+V die HDW-HH für 55 Mio Märker weit unter Preis, d.h., der Wert der Produktionsanlagen liegt wesentlich höher. HDW wird in Ross-Industrie GmbH umbenannt, nach dem gleichnamigen Gelände auf dem sich HDW befindet.

Ross-Industrie sollte auch weiter als eigener Betrieb bestehen und auf eigenen "Beinen stehen".
B+V gehört zu 75% dem Thyssenkonzern, die Familie Blohm besitzt eine Sperrminorität. Im März 87, also ca. ein halbes Jahr nach dem Kauf von HDW durch B+V Thyssen, stellt die Konzernleitung ein neues Unternehmenskonzept vor, das den Zusammenschluß beider Betriebe vorsieht. Die Zahl der Arbeitsplätze insgesamt soll um 350 von 4600 auf 4250 reduziert werden, wegen dem Wegfall von Doppelfunktionen in der Verwaltung, Werkschutz usw. Weiterhin sollen 5 von 11 Docks dicht gemacht werden.
Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß es dann nur noch einen Betriebsrat geben wird. Die Betriebsräte von B+V sind eher sozialdemokratisch-sozialpartnerschaftlich orientiert, die Betriebsräte von Ross kommen aus der Gruppe "aktive Metaller", die wesentlich an der HDW-Besetzung 83 beteiligt waren, also kämpferischer drauf sind. Die aktiven Metaller werden es schwer im neuen Gesamtsbetriebsrat haben, vor allem weil sie als erste von Entlassungen bedroht sind und die stehen ja wieder vor der Tür. Hier zeigt sich eindeutig der Versuch Ansätze von Widerstand zu zerschlagen. Weitere 4 Monate später im Juli 87 taucht ein neuer Vorstandsvorschlag auf. Die Belegschaftsstärke soll auf 4200 reduziert werden; das Rossgelände soll Ende 88 ganz dicht gemacht werden. Für den Abriss der Werkshallen und Docks fordert Thyssen 70 Mio vom Senat, um das Rossgelände als "Wiese" der Stadt HH wieder zurückgeben zu können, der das Gelände gehört.
Auch der übliche Ruf von Teilen der Belegschaft nach dem Senat als RETTER in der Not blieb nicht aus. Sie forderten den Senat auf (An) teile von B+V zu kaufen, um damit Arbeitsplätze zu retten. Der Thyssenkonzern wollte aber nur Alles oder Nichts verkaufen.
Alles hätte Thyssen sicherlich gerne verkauft, weil dann die Stadt die Sanierung des heruntergewirtschafteten Betriebes und der Stülcken- u. Rossgelände finanzieren müßte. Vielleicht würde dann der sanierte Betrieb, wenn das gelingt, wieder reprivatisiert werden, wie das ja bei anderen Betrieben gerade im Gespräch ist.
Aber die Herren wurden sich nicht einig und der Senat wird wohl noch einige Millionen für die Sanierung des Geländes an Thyssen rüberschieben.
Thyssen wird versuchen, über Entlassungen und Abbau von Kapazitäten seine Bude wieder ordentlich rentabel zu machen.
Interessante Paralellen lassen sich dabei zur Schanzenstraße 41a ziehen, wo der Häuserspekulant Rebien der Stadt seine Bruchbuden andrehen wollte, um keine müde Mark mehr in die Sanierung der von ihm kaputtgemachten Häuser stecken zu müssen. Auch hier wurden sich die Herrschaften nicht einig, aber dafür sprang die Genossenschaft ein, die nun die Kohle rüberbringen muß.
Ja, ja, Staat und Kapital im Clinch ...soll mensch ihnen auch nur eine bittere Träne nachweinen ?
Weiterhin verstummen auch die Gerüchte nicht, daß der Schiffneubau ganz nach Emden verlegt werden soll, da eine CDU-REgierung, hohe Arbeitslosigkeit und eine schlechter organisierte Belegschaft diesen Standort für die Herren von Thyssen außerordentlich atraktiv macht.

Im August 87 beschliessen die Herren dann plötzlich den weiteren Abbau von 400 Stellen.
Der scheibchenweise Abbau von Arbeitsplätzen führt zu einem Klima von Resignation, Angst und Vereinzelung. Wo jeder zum Einzelkämpfer um seinen Arbeitsplatz wird, kann kollektives Handeln nicht entstehen.
So haben es die Bonzen auch in der Hafenstraße versucht, wo sie durch viele Teilräumungen das gleiche Klima erzeugen wollten.

die rasante Entwicklung der letzten Jahre wird sicherlich nicht mit den neuen, bis jetzt schon öffentlich gewordenen Unternehmenskonzepten, beendet sein.

Wenn man sich anschaut, was bei Blohm und Voss produziert wird, werden Tendenzen deutlich, wie sich die Werftenbranche weltweit entwickelt. Die Stagnation des Welthandels und die neue Containertechnik, die immer kürzeren Liegezeiten bedeutet, führte zu einer Stagnation des Schiffneubaus.
Bei B+V hatte das zur Folge, daß sie sich immer mehr auf den Kriegsschiffbau konzentrierten. Der Anteil der Kriegswaffenproduktion beträgt heute 70%.
Es werden Fregatten für die Türkei, Portugal und Argentinien und Panzertürme für den Leo II gebaut.
Tendenz war und ist in dieser personalintensiven Branche technologisch anspruchsvolle (Kriegs)-schiffe hier zu bauen, den Handelsschiffsbau Drittweltländern zu überlassen, in denen faschistische Diktaturen für die Ausschaltung selbständiger Arbeiterorganisationen sorgen. Die restlichen 30% liegen im Reparaturbereich und im Maschinenbau, z.B. Schweißtechnik und Werkzeugmaschinen.



Die Werftenkrise beinhaltet viele Aspekte der Scheiße, die von den Herrschenden kommt - Kriegswaffenproduktion, Arbeitsplatzvernichtung, Verlagerung der Produktion, Umweltverschmutzung.
Jeder Bereich steht für sich, aber nur im Ganzen und gegen die Interessen der Herrschenden können wir etwas dagegen setzen.
Ein Ansatz dazu wurde schon vor vielen Jahren von einer AG "Umwelt und Technik" bei HDW entwickelt.
Die AG will die Produktion auf den Bau von Anlagen zur Sanierung der Elbe umstellen und hat dafür ein umfangreiches und detaiiertes Konzept erstellt.
Die Kollegen sind damit natürlich nur auf taube Ohren gestoßen.
Klar, daß die Herren, die genug Geld haben, um jedes Jahr zum Manager- Servivel-Training in die unberührte Wildnis Kanadas zu jetten, der Sinn einer Elbsanierung nicht so recht in den Kopf kommt. aber wir, die wir an diesem stinkenden Fluß leben und arbeiten, würden gerne mal wieder im Sommer ein kühles Bad vor der Haustür nehmen. Außerdem werfen Kriegsschiffe wahrscheinlich mehr Profit als Kläranlagen ab und ist ja schließlich auch eine Angelegenheit der nationalen Verteidigung.

Jetzt haben Auszubildende und Jugendvertreter von B+V dieses Konzept wieder aufgegriffen. Erstens, weil sie keinen Bock mehr haben, für den Bau von Panzern und Fregatten ausgebildet zu werden. Zweitens, weil ihre Lehrwerkstatt akut von der Plattsanierung bedroht ist. Sie befindet sich auf dem Stülcken-Gelände, das auch bis Ende 88 wieder zur Wiese werden soll und auf dem ein Vergnügungspark zum 800. Hafengeburtstag entstehen soll. Und drittens, weil auch viele Ausbildungsplätze bedroht sind. Ihre Zielvorstellung ist, die Schaffung einer alternativen Ausbildungsverbundwerkstatt für die Werften. "Die Ausbildung soll eine Projektausbildung an gesellschaftlich sinnvoller Umwelttechnologie sein", wobei der Auszubildende "seine Rolle in Produktion und Gesellschaft erkennt".
"Der Staat beteiligt sich mit 35% der Kosten und vergibt die entsprechenden Umweltaufträge, mit denen ein Beitrag zur Säuberung der Elbe und der Nordsee geleistet werden kann."

Zur Durchsetzung ihrer Forderungen suche sie nach Verbündeten im betrieblich-gewerkschaftlichen Bereich, aber die Stimmung unter den Kollegen ist nicht besonders kämpferisch. Außerdem wollen sie eine Verknüfung zur Hafenstraße, Stadtteil-, Friedens- und Ökologiegruppen herstellen.
Diese Gruppen sollen gleichzeitig ihre Forderung unterstützen und ihren Bereich mit der Hafen/Werftenproblematik verknüpfen.

Das kann dann zu gemeinsamen Aktionen führen und/oder zu getrennten Aktionen, die aus dem spezifischen Arbeitsfeld der Gruppen heraus entstehen, aber im Bezug zu den Werften und der Lehrwerkstatt stehen. Vielleicht steht da der gleiche Grundgedanke wie bei Tag X dahinter .

Es zeichnet sich eine Zweigleisigkeit in der Behandlung der Thematik ab. Erstens: die Diskussion und Information zwischen den beteiligten Gruppen und Menschen muß fortgeführt und vertieft werden, damit eine Kontinuität im Kampf gegen die Zerstörung unserer Lebens- und Arbeitswelt entwickelt werden kann. Zweitens: die Forderung nach einem alternativen Ausbildungszentrum als aktuellen Ansatz zu unterstützen.

Kann das Ausbildungszentrum ein Brennpunkt für den Kampf um selbstbestimmtes Arbeiten im Hafen sein ?
Der erste Gedanke, der uns kam, war, daß das Konzept eher auf die Nische "Alternativbetrieb mit staatlicher Unterstützung" setzt. Projekte dieser Größenordnung lassen sich nicht im luftleeren Raum realisieren, Irgendwo muß die Kohle ja herkommen.
...inweit mensch sich dabei auf den Staat einläßt, muß noch genau diskutiert werden.

Am klassenkämpferischsten wäre es, wenn das Ganze dem Thyssenkonzern abgetrotzt werden könnte.
Aber schwierig ...
Den sozialliberalen Bonzen kann man da vielleicht eher Feuer unterm Arsch machen. Das Wie der Durchsetzung wird sicherlich eine Rolle spielen.
Es kann nur ein Kampf von unten sein, wo die Beteiligten auf ihre eigene Kraft vertrauen und nicht bitten und betteln. Nur so können sich Ansätze von Kollektivität entwickeln. Wichtig dabei ist es, sich nicht isolieren zu lassen und immer den Zusammenhang zu sehen. Ein Kampf für: selbstbestimmtes Leben und Arbeiten, gemeinsam gegen Hafenrand- und Stadtteilplattsanierung, Umweltschutz, statt kriegsproduktion.
Die Durchsetzung der "alternatoven Lehrwerkstatt" wird hohe Anforderungen an die Kampfbereitschaft der Menschen aus dem Jugendbereich von B+V und Ross stellen, aber auch an die anderen beteiligten Gruppen. Wobei die Friedens- und Ökologiegruppen in letzter Zeit eher durch Inaktivität glänzen.
Der Bogen von Hafenstraße über Öko-und Friedensgruppen bis zu den Werftarbeitern ist weit gespannt, aber nur gemeinsam können wir weiterkommen.
Im Hafenstraßen-Unterstützerkreis sitzen schließlich auch die unterschiedlichsten Leute. Und breite Solidarität macht den Herrschenden Angst.
Dabei kann mensch auch mal über den Tellerrand seiner eigenen Politszene hinausgucken, zusammenkommen und gemeinsam und/oder getrennt kämpfen je nach Notwendigkeit und Fähigkeit.

Also vamos und no parmesan,
am Horizont könnte was leuchten ...

Der Artikel ist nun schon ziemlich lang geworden. Der Aspekt der Hafenrandsanierung ist dabei zu kurz gekommen. Das soll in der nächsten Ausgabe nachgeholt werden. Es wird dabei um Vorstellungen der Herrschenden gehen, Teile des Hafengebietes nach dem Vorbild der Londoner Isle of docks zu sanieren. Außerdem geht es um Pläne zur Hafenrandgestaltung, im Kühlhaus Övelgönne ein Hotel hinzusetzen und den 800. Hafengeburtstag.

Hintergrundfotos: Werftarbeiterstreik 1984 in Bilbao/Baskenland

die gruppe + die ♀engruppe

die gruppe Treffpunkt und Beratung
Bartelsstr. 26 · 2 Hamburg 6
Tel. 040/439 17 93

Die Gruppe - Treffpunkt und Beratung

Der Treffpunkt ist ein Projekt des Vereins "die Gruppe" und wird durch das Arbeitsamt sowie die Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales finanziert.

Seit dem 1.Juli haben wir einen Laden in der Bartelsstraße 26 gemietet, der als Anlaufstelle für Gefangene, Entlassene und deren Angehörige dienen soll.

Wir haben hier drei Räume, die als Treffpunkt, Büro und Werkstatt eingerichtet sind. Wir, das sind zwei Frauen und zwei Männer, die auf ABM-Basis hier arbeiten.

In der Arbeit geht es uns primär darum, die Menschen, die zu uns kommen, in ihrer momentanen Situation zu unterstützen, d.h. beispielsweise, Möglichkeiten auszuschöpfen, wo sie finanzielle Unterstützung erhalten, Möglichkeiten der Wohnungs- und Arbeitssuche aufzuzeigen und Weiterbildungsmöglichkeiten zu besprechen.

Darüber hinaus soll die Anlaufstelle aber auch als Treffpunkt dienen, wo sich Entlassene und ihre Angehörigen treffen und informieren können.
Gerade auch Frauen/Müttern/Kindern und anderen Angehörigen von Inhaftierten soll die Anlaufstelle offen stehen. Sie sollen eine Möglichkeit finden, aus ihrer Isolation herauszukommen und sich mit Menschen in ähnlicher Situation über ihre Lage auszutauschen.

Auch für die kleine Holz- und Metallwerkstatt gilt, was wir allgemein für unsere Arbeit vorhaben. Wir stehen zwar mit Rat und Tat zur Verfügung, hoffen aber, daß unsere Besucher ihre Aktivitäten in unseren Räumen möglichst selbst nach ihren Bedürfnissen organisieren.

Ob und wie Ihr nun den Treffpunkt nutzt, ist jedenfalls Euch überlassen.

Wir haben täglich (auch am Wochenende) von 12 - 18 Uhr geöffnet. Entweder Ihr kommt vorbei oder ruft an.



Mütter, Ehefrauen, Freundinnen, Töchter von Strafgefangenen!

Ihr seid alleine mit Eurer Verzweiflung nach den Besuchen, gegenüber den Ämtern, mit der Verständnislosigkeit der Nachbarn, der übrigen Verwandtschaft und des Freundeskreises. Wir, einige betroffene Frauen haben eine Selbsthilfegruppe gegründet. Das hilft uns und Euch! Je mehr wir werden, um so besser. Ruft uns an: Täglich von 12-18^{00} Uhr.
Telefon 040/ 4391793



...den Text ,den sie auch in andere Zeitungen setzen wollen,haben mir die Frauen gleich in die Hand gedrückt.Die Selbsthilfegruppe der Frauen ist der erste Ableger der "gruppe" in der Bartelsstrasse.
Sie hat sich auf die Initiative einer Mutter,deren Sohn schon seit vier Jahren im Knast sitzt,gegründet.
Ihre Situation ist beispielhaft: auf der einen Seite die Freunde und ihre Familie,die sie zum Grossteil mit ihren Problemen alleine lassen und auf der anderen der Justizapparat der sie als Mutter eines GEfangenen gleich zur Verbrecherin mitabstempelt:als sie versucht hat ihren Sohn zu entlasten,da ihm im Knast Shit untergeschoben worden war,hat mann ihr geraten,sich da nicht zu sehr einzusetzen-sie mache sich damit verdächtig,ihm das"Rauschgift" selbst reingebracht zu haben.Das ist eine der Erfahrungen der täglichen Diskriminierung,Erpressung und Bedrohung, die alleine kaum zu bewältigen sind. Dieses "Ausgeliefertsein dem deutschen Rechtssystem" war eine der Ursachen,eine Gruppe zu gründen. Nachdem sich die ersten vier Frauen zusammengefunden haben,ist die Situation jetzt die,dass sie sich jeden Sonntag nachmittag treffen. Sie wollen Ihre Erfahrungen austauschen,ihre Hilflosigkeit überwinden, und sich über die Möglichkeiten während der Haft der Männer und danach klarwerden.Indem sie sich gegenseitig helfen,ihre Ängste und Unwissenheit abzubauen,können sie aus der neuen STärke heraus auch der Willkür von Richtern und Anstaltsleitern-mit der sie einschlägige Erfahrungen machen- mehr entgegensetzen.
Die Gruppe soll sich weiter vergrössern,und dann im Schneeballsystem weiterarbeiten,d.h. dass die Frauen,deren Söhne oder Freunde wieder draussen sind,weiterarbeiten und den anderen Frauen Mut machen und ihre Erlebnisse vermitteln.
Geplant ist auch,Fahrgemeinschaften zu den Knästen zu bilden und die Möglichkeit zu schaffen,Kinder während der Besuchszeiten in der Bartelsstrasse unterzubringen.

Die rechtliche Situation kann besprochen werden und in Einzelfällen auch Anwältinnen untereinander ausgetauscht werden.Wichtig ist dabei wahrscheinlich vor allem das Gefühl nicht allein zu sein oder "anormal" (in dem Sinn z.B. die Mutter eines Verbrechers),was ihnen von der Umwelt(kräftig unterstützt von der Presse natürlich)manchmal vermittelt wird.
Um das Projekt weiter bekannt zu machen,planen sie,Anzeigen zu Schreiben,Handzettel zu verteilen,und in den Knästen Aushänge zu machen (wobei mit Schwierigkeiten von Seiten der Anstaltsleitungen zu rechnen ist)

Jedenfalls hatte ich beim Weggehen das Gefühl,dass bei den Frauen ne Menge Einfühlungsvermögen und Power da ist.

KOLLEKTIVITÄT IST STÄRKE!!!!!!!
hoffentlich schliessen sich noch viele Frauen an.......



Sanierung Schulterblatt

Zu folgenden Häusern äußerte sich der Sanierungsträger ASK im Sanierungsrat <u>mündlich</u>:



Das Eckhaus Schulterblatt/Schanzenstraße war den Typen vom Sanierungsträger als "Tor zum Quartier" besonders wichtig. Deshalb soll es saniert/modernisiert werden. Der Besitzer, ein Arzt, wollte leider gleich einen Fahrstuhl für seine Patienten haben (auf Staatskosten); dies mußte aber abgelehnt werden.



Das Haus, in dem das "Kaufparadies" noch drin ist, soll an eine (Hamburger?) Bank verkauft sein. es ist Abriß geplant, aber auch Neubau, allerdings mit der Auflage, 4-stöckig zu bauen, "um Wohnraum zu schaffen". Da freuen wir uns auf die niedrigen Miten!



Bei den Terrassenhäusern neben "Café Stenzel" soll eine Einigung mit dem Hauseigentümer erzielt worden sein. Angesagt sind Sanierung/Modernisierung dieser Häuser mit 75% Geld vom Staat, den Rest will der Eigentümer bezahlen. Angeblich hat der ein Interesse an niedrigen Mieten!



Das ziemlich verrottete, seit Jahren leer stehende Haus, Eingang Augustenpassage, soll wieder instandgesetzt werden. Die Außenfassade soll in ihrer ursprünglichen Form bestehen bleiben.



Die Häuser Lippmannstraße 18/20 und 28 sollen auch modernisiert werden. Deshalb fanden da auch schon Mieterversammlungen statt. Infos demnächst.



Und am Rande: Das Haus Ecke Schulterblatt/Zum grünen Jäger soll demnächst eine Videothek beherbigen. Wie war das noch: Die Behörden wollten die Konzessionierung einer Spielhalle verhindern. Erfolgreich?!?

SOZIALE REVOLUTION

GEGEN IMPERIALISTISCHE FLÜCHTLINGSPOLITIK

Warum wir dem vorsitzenden Richter des Asylsenats am Bundesverwaltungsgericht Günter Korbmacher in die Knie geschossen haben.

"Das Unrecht ist nicht anonym, es hat einen Namen und eine Adresse", sagt Brecht.
Eine erste Adresse bei der Vollstreckung moderner Flüchtlingspolitik ist Doktor Günter Korbmacher, Vorsitzender Richter des Asylsenats am Bundesverwaltungsgericht.
Dieser 9. Senat ist kein herkömmlicher Senat, sondern ein 1980/81 gegen die trikontinentale Flüchtlingsbewegung einberufener Sondersenat, der den Auftrag hat, sie auf seinem Terrain und mit seinen Mitteln zu brechen. Der oberste Asylsenat mit seiner politisch handverlesenen Richterbesetzung ist als justizieller Begleitschutz konsipiert worden für den ab 1982 forcierten, legislativen und administrativen Gegenangriff auf die Zwangsmobilisierten und Armgemachten des Trikonts, die in wachsender Anzahl den Abwehrkordon der Metropolen überwanden.

Vergleichbar der seriellen Normierung im Sozialrecht wurde in den letzten Jahren alles lebendige Fleisch aus dem Asylrecht herausgeschnitten und die blanke Maschine installiert, die katalogisiert, zählt und auspunktet.
Damit wird jeder herkömmliche Transmissionsriemen zwischen den Projketen der Macht und der dritten Gewalt überflüssig, da die Exekutive jetzt die Justizmaschine in direktem Verfahren selbst programmiert.
Zum einen hat das eine immense Steigerung der Effizienz zufolge.
Die Produktionsziffern der Entscheidungen des Obersten Asylsenats sprengen zur Zeit jeden Rahmen, ja die Erledigungsquoten der Richter Korbmacher, Eckstein, Säcker, Kemper und Bender sind so enorm, daß sie seit Jahren schamhaft aus den Geschäftslageberichten des Bundesverwaltungsgerichts eliminiert werden müssen, "um die allgemeine Leistungsbilanz nicht unzulässig zu beschönigen".

Folglich geht es heute nicht um seine Aushöhlung, sondern um seine Modernisierung zu einem paßgenauen Instrument imperialer Flüchtlingspolitik.

Diesen Modernisierungsschub gestalten in letzter Instanz die Richter Korbmacher und Co. vom Bundesverwaltungsgericht. Die Schneisen, die die Flüchtlingsverwaltung und die Untergerichte geschlagen haben, werden von ihnen geordnet und in eine imperialistische Großraum- und Ordnungspolitik umgesetzt. Aus diesem Grunde also erschöpft sich die Arbeit und die Aufgabe dieses Kollegiums nicht in seiner höchstrichterlichen Absegnung von Asylverweigerung als Mittel, die Metropole gegen die Flüchtlingsbewegungen abzuschotten.
Seit einigen Jahren geht es entschieden um mehr, um die rechtliche Legitimierung einer Praxis internationaler Aufstandbekämpfung, die in die zentralen Urteile zum Asylrecht verpackt ist.

Das weiß natürlich auch der oberste Asylsenat. Ihm geht es bei seiner aktuellen Rechtssprechung darum, die jeweiligen Staatsschutzräume weltweit entscheident auszudehnen, staatliche Gewalt generell dafür zu legitimieren, alle Poren der trikontinentalen Gesellschaften zu durchdringen, um einen globalen, kapitalgerecht verwertbaren Menschentypus zu erzwingen.
Alles Widerständige und nicht Vernutzbare wird ausdrücklich unter dem terminus technicus "Staatsnotwehr" der Vernichtung anheim gegeben.
Es ghet dabei essenziell nicht um die Souveränität der jeweiligen Regime. Sie dienen nur als Transmissionsriehmen einer imperialistischen Weltinnenpolitik, in der die westlichen Kapitalzentren entscheiden, welche Bevölkerungsgruppe zu welchem Zweck und mit welchen Mitteln bekämpft, unterworfen oder vernichtet wird.
Dem Asylsenat fällt in diesem Rahmen die Aufgabe zu, Aufstandbekämpfung in alles Welt zu qualifizieren, mit dem ganzen Gewicht eines metropolen Gerichtshofs politisch zu sanktionieren und juristisch zu legitimieren.



Erste wesentliche Durchbrüche in diesem Klassenkrieg waren bereits in unmittelbarer Folge zu verzeichnen. Die Zahl der Asylverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht wurden durch eine Flut einschneidender Sondererlasse von 12.000 im Jahr auf 800 heruntergedrückt, und damit ein zuvor durch jahrelange Verfahrensdauer garantierter Überlebensraum für Emigranten vernichtet - in der Begrifflichkeit moderner Sozialtechnik ein "Abschmelzen der Altlasten".

Die "Neulasten" werden durch industrialisierte Schnellgerichtsverfahren gepreßt, die einen frappierenden Massenausstoß an Urteilsproduktion garantieren. Aufgrund ihrer Massierung sind die Asylverfahren zum bevorzugten Terrain einer fabrikorientierten Durchorganisation und Systematisierung der dritten Gewalt avanciert, die mit serieller, computerisierten, beliebig verknüfbaren Urteilssegmentierungen arbeitet.

Zum strategischen Ort in dieser Variante des Klassenkriegs hat sich das Grundrecht auf Asyl kristallisiert. Da es so gut wie keinem Menschen zugestanden wird - Frauen werden von diesem patriarchalischen Definitionsapparat von vornherein ausgeschlossen - wird viel über seine Aushöhlung geklagt. Doch diese Klage geht völlig in die Irre. Selbstverständlich wußten die Legislatoren des NS-Nachfolgestaates, warum sie die generelle Bestimmung "Flüchtlinge" nicht wollten und stattdessen dem einschränkenden, interpretierbaren Terminus "politisch Verfolgte" den Vorzug gaben, und warum sie sich hartnäckig KPD-Forderungen widersetzten, die eine grundgesetzliche Festschreibung existenzieller Rechte, wie Arbeitserlaubnis und Bewegungsfreiheit für die Immigranten bedeutet hätten.
Das Asylrecht ist seinem Wesen nach eben nicht als einklagbares Individualrecht konsipiert worden; vielmehr ist es von vornherein allen opprtunen staatlichen Auslegungen und imperialistischen Dispositionen geöffnet worden, und daher in seinem Kern ein Staatsschutzrecht.

Die Technik, das Recht auf Asyl zum Ausgangspunkt einer internationalen Legitimationsordnung für Terror, Folter und Völkermord zu machen, ist frappierend, jedoch im Asylrecht genuin angelegt.
Weder die sozialen oder politökonomischen Verhältnisse eines Staates, noch die politische und soziale Praxis des Flüchtenden sind für die Urteilsfindung von Belang. Gewogen wird ausschließlich das Staatsschutzargument der betreffenden Mächte, die unisono versichern, daß es in ihrem Herrschaftsbereich weder einen politisch noch einen sozial legitimierten Widerstand geben könne.
Eine grausame Platitude, denn kein Staat auf dieser Welt definiert das, was ihn grundsätzlich infrage stellt als politischen Widerstand, sondern ausnahmslos als kriminelles Verbrechen.

Aufhänger für diesen qualitativ neuen Vorstoß waren Verfahren von Kurden, deren Asylanträge von den Untergerichten abgelehnt worden waren, da Folter in der Türkei als "allgemein kriminalpolitisches Phänomen" gelten könne. Das war dem Krobmacher-Senat zu anspruchslos und zu kurzsichtig, da diese Urteile die blutigen Staathalterregime nur generös decken und auf jede weiterreichende Einflußnahme und Zielsetzung verzichten. Sie schöpfen die globale ordnungspolitische Dimension im Asylrecht nur unzureichend aus und definieren sich auf dem Hintergrund eines obsoleten Neokolonialismus, anstatt sich als Instrument einer neuen imperialistischen Weltinnenpolitik zu begreifen.

Dagegen bedient sich das Bundesverwaltungsgericht der zur Verhandlung stehenden Verfolgungen, Revolten, sozialen Verwüstungen und Bürgerkriege, um eine Weltordnung rechtsförmig zu legitimieren, die den jeweiligen Staatsterror ausdrücklich

Übrigens....

Die im folgenden abgedruckten RZ-Erklärungen geben vielleicht nicht die Meinung der Redaktion wieder. Alle Erklärungen dieser Art, die uns erreichen, werden kommentarlos abgedruckt, ohne darüber innerhalb der Redaktion zu diskutieren, weil es erst mal unsere Aufgabe sein soll, unterdrückte Informationen zu verbreiten. Die Hintergründe von Anschlägen werden in den Medien absichtlich nicht oder nicht vollständig dargestellt aus Angst vor polizeistaatlicher Repression durch § 129a,Absatz 3 Strafgesetzbuch. Diese Zeitung begreift sich als Teil einer Gegenöffentlichkeit: Nur wenn du diese Erklärungen kennst, kannst du selbst entscheiden, ob du sprachlich und inhaltlich damit einverstanden bist.

fordert. Einen Staatsterror nicht per se, sondern als Voraussetzung, um die Gesellschaften der drei Kontinente einzuschleifen, verwertbare Populationen von nicht verwertbaren zu scheiden und kapitalgerecht aufzubereiten.
Im Koordinationssystem dieses Unterwerfungskonsepts entwickelt der Korbmachersenat den opperativen Begriff vom Staat als absolutem Subjekt. Damit wird per Definition jeder soziale und politische Widerstand automatisch zum Staatsverbrechen erklärt und seine Bekämpfung verlangt. Zitate aus den Kurdenurteilen belege das: Folter und Völkermord, die der "Abwehr von Umstutzversuchen oder Gebietsabtrennungen dienen" sind keine politische verfolgung, sondern notwendig, "denn der Staat selbst, sein Gebietbestand und seine Grundordnung sind Schutzgüter".
Jede staatliche Maßnahme, einschließlich Massakern, ist gerechtfertig, "wenn sie nur zur Überwindung von Notstandssituationen und zur Wiederherstellung der inneren Sicherheit" dient oder zur "Behandlung von Minderheiten, weil ein Mehrvölkerstaat in besonderem Maße auf die Sicherung seiner staatlichen Einheit und seines Gebietsbestandes bedacht sein wird und dieses Ziel auch durchsetzen darf". Insbesondere, wenn ein Flüchtling einer "gewaltbejahenden Gruppe angehört, verstärkt sich grundsätzlich die Wahrscheinlichkeit einer



auf den kriminellen und nicht auf den politischen Gehalt der Tat beschränkten Reaktion, je gravierender die Mittel sind, mit denen der Gesinnungstäter die Ordnung der von ihm abgelehnten Staatsmacht bekämpft."
Noch deutlicher wird diese Linie, wenn das Gericht tamilische Flüchtlinge in die Völkermordregion Sri Lanka zurückschickt, "weil die wahllosen Vergeltungsschläge gegen die tamilische Bevölkerung mit der hohen Zahl von Todesopfern" nicht der subjektiven Motivation des Staates zur politischen Verfolgung entspringen, sondern der Absicht, "durch den Einsatz der Sicherheitskräfte seine staatliche Einheit und seinen territorialen Bestand zu wahren."

Mit dieser restlosen Ineinssetzung von Staat und Recht besorgt das Bundesverwaltungsgericht die juristische Fundierung für eine international angestufte Ausbeutungs- und Vernichtungsordnung, die ein Weltrecht konsipiert, mit dem sukzessiv alle Klassenantagonismen einem imperialistischen Rechtskodex subsumiert werden, um sie offiziell und effektiver liquidieren zu können.

Über die strategische Funktion seines Amtes hinaus legt der vorsitzende Richter am obersten Asylsenat, Dr. Günter Korbmacher einen ausgesprochen eigenen politischen Gestaltungsdrang an den Tag. Auf dem Höhepunkt der rassistischen Hetzkampagne gegen die Flüchtlinge warf er sich persönlich an die Medienfront, um vehement eine Grundgesetzänderung des Asylrechts einzufordern, damit in Zukunft garantiert sei, daß nur noch politisch handverlesene und ökonomisch verwertbare vorselektierte Immigranten zur Disposition stünden. Mit entsprechender Rigorosität hat er sich dem unnachgiebigen Kampf zur abschaffung der Nachfluchtgründe verschrieben, die er als weiche Stelle und Schlupfloch im Sicherheitskordon ausgemacht hat - geeignet, die gesamte Abwehrfront gegen die Flüchtlingsfront zu unterminieren und ad absurdum zu führen.

Wir meinen, der oberste Asylrichter Korbmacher ist ein furchtbarer Jurist. Die Entscheidung, einer Person in die Knie zu schießen, enthält eine bewußte und präzise praktische wie politische Legitimierung.
Der Angegriffene und unmittelbarste Tatzeuge soll überleben, ja er muß es unter allen Umständen, denn dies ist die entscheidende Bestimmung der Aktion, selbst wenn sie zum Preis eines erhöhten Risikos für die ausführenden Genossinnen und Genossen erkauft werden muß.

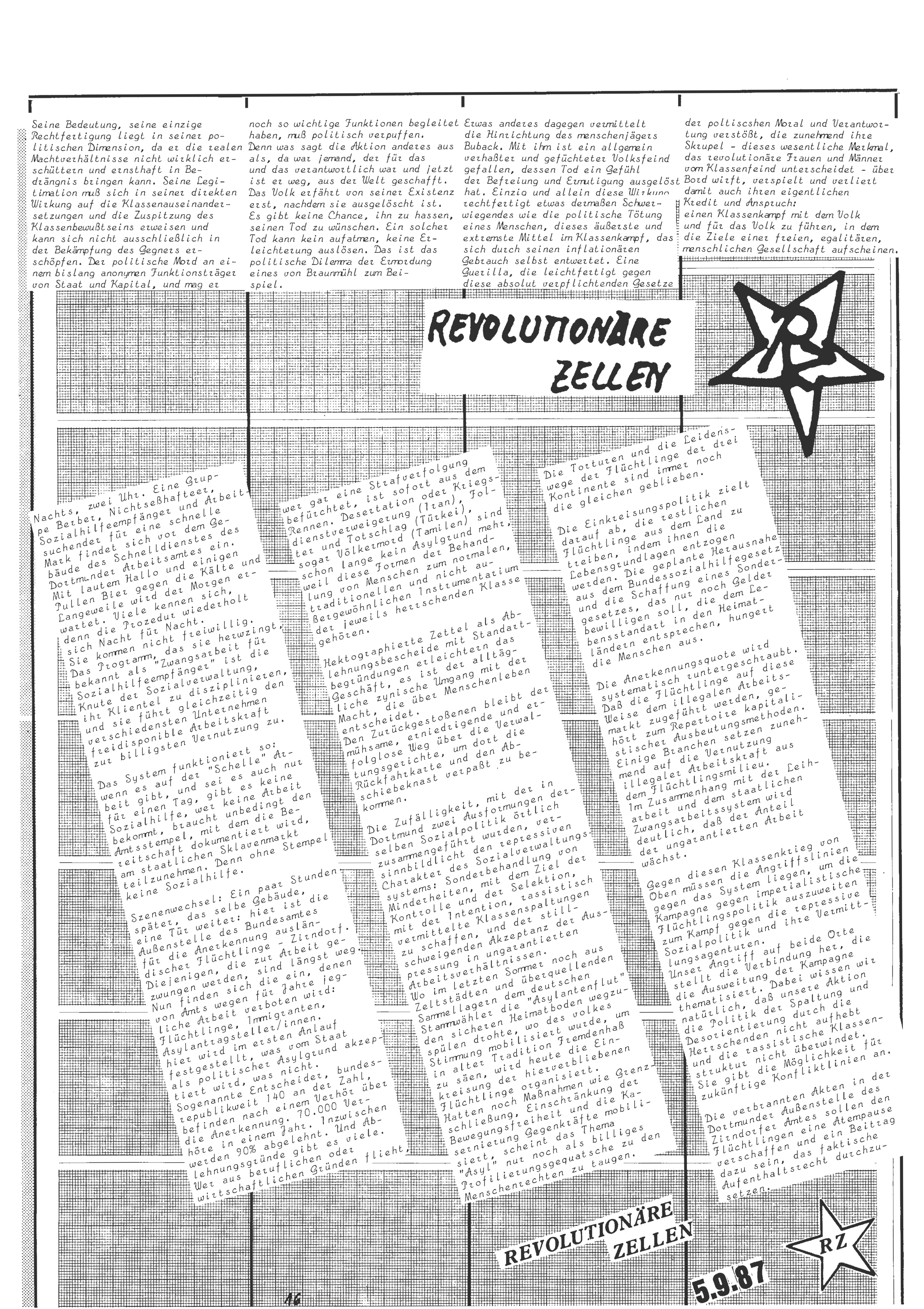
Der Angegriffene ist ein Schreibtischtäter par exellence, eine Ausgeburt moderner Herrschaft, ausgestattet mit allen Insignien repräsentativer Macht, die sich selbst zelebriert. Person und Körper verschwinden dahinter, verobjektivieren sich. Richter Korbmacher, der haßt, verachtet, eindämmt, raussäubert, defacto wertes von unwertem Leben am Fließband sortiert, letzte Instanz über Leib und Leben zahlloser Menschen, ritualisiert sich erfolgreich aus seiner Person und existenziellen Verantwortung heraus.
Erfolgreich in zweifacher Hinsicht. So hat dieser Berufsstand trotz seiner terroristischen NS-Geschichte ein ungebrochen fettes gutes Gewissen und sich aufgrund seiner spezifischen Herrschaftsstruktur nie angemessen zum Objekt von Klassenhaß verdichtet. Eine strikt geregelete Arbeitsteilung enthebt ihn der physischen Präsenz in Klassenauseinandersetzungen; er gibt die Richtung an und legt die Regeln fest, legitimiert die Schärgen. Drangsalieren, einsperren, rausprügeln tun andere, foltern und exekutieren tun wieder andere.
Bei folterer, Polizeischergen, terroristischen Ämternchef hat der Klassenhaß genug konkrete Angriffsflächen, um zu greifen, an Schreibtischtätern gleitet er immer wieder an ihrer fehlenden physischen Präzens, ihrer mangelnden Körperlichkeit ab, vor die sich die Institutionen, Rituale und Mystifikationen schieben.

Die Schüsse auf die Beine des obersten Asylrichters sollen dem kalt ausgeheckten Unrecht, der kodifizierten Brutalität, die das Leben so vieler Menschen zerstört, wieder einen konkreten Namen, ein Gesicht, einen Körper verleihen.
Diese Schüsse sollen ihn zweifach brandmarken. Sie sollen ihn verletzen, eine nachhaltige Erschütterung seiner Existenz durch einen intensiven körperlichen Schmerz und eine langwierige körperliche Beeinträchtigung bewirken, und er soll leiden, damit er bezahlt und versteht. Verstehen nicht im Sinne einer Läuterung - darauf haben wir keinen Einfluß -, sondern indem er mit jeder Faser seines Körpers und seines Bewußtseins in eine umgekehrte Situation gewzungen wird, der er sich unmöglich entziehen kann, die an ihm haften wird.

Und diese Schüsse sollen ihn politisch brandmarken. Sie sollen ihn ins öffentliche Bewußtsein brennen als Hauptverantwortlichen im juristischen Kampf gegen die Opfer imperialistischer Großraumpolitik, der darüberhinaus von einem persönlichen Haß und Eifer in seiner Arbeit angetrieben wird. Wir wollen den suggestiven Nimbus der Macht zerstören, durch den er sich geschützt glaubt, und ihn öffentlich vor aller Augen in die Knie zwingen. Und wir wollen seine Karriere zerstören, denn wer einmal diesen suggestiven Nimbus beraubt worden ist, wer einmal der Guerilla in die Hände gefallen ist, der wird seiner eigenen wölfischen Klasse suspekt und zur peinlichen politischen Last. Sie selbst wird dafür sorgen, daß er auf Dauer beruflich und politisch erledigt ist, so wie sie es mit Peter Lorenz gemacht hat.

Außer diesen konkreten Bestimmungen der Aktion gibt es für uns zwei weitere wesentliche Aspekte, die den bewaffneten Angriff auf Personen wie Korbmacher und Hollenberg begründen. Zum einen die NS-Methoden, mit denen die internationale Flucht- und Wanderarbeiterbewegung in die Metropolen eingedämmt werden soll. Die unverhüllte Brutalität, die Klassenherrschaft hier annimmt, übersteigt bewußt und gezielt das austarierte, kalkulierte Niveau, auf dem Klassenkämpfe in den Metropolen gehalten werden. Diese Schärfe des Angriffs auf Existenzrecht undEgalitätsansprüche muß in den politischen Antworten des revolutionären Widerstands, der adäquaten Wahl der Waffen und Aktionsebenen seine Entsprechung finden. wenn er glaubwürdig sein will. Jemandem, der Menschen in die Folter oder einen drohenden Tod schickt, kann man nicht das Auto anstecken oder eine Abreibung verpassen. Das ist unangemessen und verniedlicht sein Verbrechen.

Warum ihn dann nicht gleich töten ? Wir meinen, wenn nicht offener Klassenkrieg herrscht, in dem die Liquidierung des Gegners zu einer Macht- und Überlebensfrage der Unterklassen wird - Zustände, von denen wir weit entfernt sind - kann ein politischer Mord nur einen exemplarischen Charakter haben.



Seine Bedeutung, seine einzige Rechtfertigung liegt in seiner politischen Dimension, da er die realen Machtverhältnisse nicht wirklich erschüttern und ernsthaft in Bedrängnis bringen kann. Seine Legitimation muß sich in seiner direkten Wirkung auf die Klassenauseinandersetzungen und die Zuspitzung des Klassenbewußtseins erweisen und kann sich nicht ausschließlich in der Bekämpfung des Gegners erschöpfen. Der politische Mord an einem bislang anonymen Funktionsträger von Staat und Kapital, und mag er noch so wichtige Funktionen begleitet haben, muß politisch verpuffen. Denn was sagt die Aktion anderes aus als, da war jemand, der für das und das verantwortlich war und jetzt ist er weg, aus der Welt geschafft. Das Volk erfährt von seiner Existenz erst, nachdem sie ausgelöscht ist. Es gibt keine Chance, ihn zu hassen, seinen Tod zu wünschen. Ein solcher Tod kann kein aufatmen, keine Erleichterung auslösen. Das ist das politische Dilemma der Ermordung eines von Braunmühl zum Beispiel.

Etwas anderes dagegen vermittelt die Hinrichtung des menschenjägers Buback. Mit ihm ist ein allgemein verhaßter und gefürchteter Volksfeind gefallen, dessen Tod ein Gefühl der Befreiung und Ermutigung ausgelöst hat. Einzig und allein diese Wirkung rechtfertigt etwas dermaßen Schwerwiegendes wie die politische Tötung eines Menschen, dieses äußerste und extremste Mittel im Klassenkampf, das sich durch seinen inflationären Gebrauch selbst entwertet. Eine Guerilla, die leichtfertig gegen diese absolut verpflichtenden Gesetze der poltiscshen Moral und Verantwortung verstößt, die zunehmend ihre Skrupel - dieses wesentliche Merkmal, das revolutionäre Frauen und Männer vom Klassenfeind unterscheidet - über Bord wirft, verspielt und verliert damit auch ihren eigentlichen Kredit und Anspruch: einen Klassenkampf mit dem Volk und für das Volk zu führen, in dem die Ziele einer freien, egalitären, menschlichen Gesellschaft aufscheinen.

REVOLUTIONÄRE ZELLEN

Nachts, zwei Uhr. Eine Gruppe Berber, Nichtseßhafter, Sozialhilfeempfänger und Arbeitsuchender für eine schnelle Mark findet sich vor dem Gebäude des Schnelldienstes des Dortmunder Arbeitsamtes ein. Mit lautem Hallo und einigen Pullen Bier gegen die Kälte und Langeweile wird der Morgen erwartet. Viele kennen sich, denn die Prozedur wiederholt sich Nacht für Nacht. Sie kommen nicht freiwillig. Das Programm, das sie herzwingt, bekannt als "Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger" ist die Knute der Sozialverwaltung, ihr Klientel zu disziplinieren, und sie führt gleichzeitig den verschiedensten Unternehmen freidisponible Arbeitskraft zur billigsten Vernutzung zu.

Das System funktioniert so: wenn es auf der "Schelle" Arbeit gibt, und sei es auch nur für einen Tag, gibt es keine Sozialhilfe, wer keine Arbeit bekommt, braucht unbedingt den Amtsstempel, mit dem die Bereitschaft dokumentiert wird, am staatlichen Sklavenmarkt teilzunehmen. Denn ohne Stempel keine Sozialhilfe.

Szenenwechsel: Ein paar Stunden später, das selbe Gebäude, eine Tür weiter: hier ist die Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge - Zirndorf. Diejenigen, die zur Arbeit gezwungen werden, sind längst weg. Nun finden sich die ein, denen von Amts wegen für Jahre jegliche Arbeit verboten wird: Flüchtlinge, Immigranten, Asylantragsteller/innen. Hier wird im ersten Anlauf festgestellt, was vom Staat als politischer Asylgrund akzeptiert wird, was nicht. Sogenannte Entscheider, bundesrepublikweit 140 an der Zahl, befinden nach einem Verhör über die Anerkennung. 70.000 Verhöre in einem Jahr. Inzwischen werden 90% abgelehnt. Und Ablehnungsgründe gibt es viele. Wer aus beruflichen oder wirtschaftlichen Gründen flieht, wer gar eine Strafverfolgung befürchtet, ist sofort aus dem Rennen. Desertation oder Kriegsdienstverweigerung (Iran), Folter und Totschlag (Türkei), sogar Völkermord (Tamilen) sind schon lange kein Asylgrund mehr, weil diese Formen der Behandlung von Menschen zum normalen, traditionellen und nicht außergewöhnlichen Instrumentarium der jeweils herrschenden Klasse gehören.

Hektographierte Zettel als Ablehnungsbescheide mit Standartbegründungen erleichtern das Geschäft, es ist der alltägliche zynische Umgang mit der Macht, die über Menschenleben entscheidet. Den Zurückgestoßenen bleibt der mühsame, erniedrigende und erfolglose Weg über die Verwaltungsgerichte, um dort die Rückfahrkarte und den Abschiebeknast verpaßt zu bekommen.

Die Zufälligkeit, mit der in Dortmund zwei Ausformungen derselben Sozialpolitik örtlich zusammengeführt wurden, versinnbildlicht den repressiven Charakter des Sozialverwaltungssystems: Sonderbehandlung von Minderheiten, mit dem Ziel der Kontrolle und der Selektion, mit der Intention, rassistisch vermittelte Klassenspaltungen zu schaffen, und der stillschweigenden Akzeptanz der Auspressung in ungarantierten Arbeitsverhältnissen. Wo im letzten Sommer noch aus Zeltstädten und überquellenden Sammellagern dem deutschen Stammwähler die "Asylantenflut" den sicheren Heimatboden wegzuspülen drohte, wo des volkes Stimmung mobilisiert wurde, um in alter Tradition Fremdenhaß zu säen, wird heute die Einkreisung der hierverbliebenen Flüchtlinge organisiert. Hatten noch Maßnahmen wie Grenzschließung, Einschränkung der Bewegungsfreiheit und die Kasernierung Gegenkräfte mobilisiert, scheint das Thema "Asyl" nur noch als billiges Profilierungsgequatsche zu den Menschenrechten zu taugen.

Die Torturen und die Leidenswege der Flüchtlinge der drei Kontinente sind immer noch die gleichen geblieben.

Die Einkreisungspolitik zielt darauf ab, die restlichen Flüchtlinge aus dem Land zu treiben, indem ihnen die Lebensgrundlagen entzogen werden. Die geplante Herausnahme aus dem Bundessozialhilfegesetz und die Schaffung eines Sondergesetzes, das nur noch Gelder bewilligen soll, die dem Lebensstandart in den Heimatländern entsprechen, hungert die Menschen aus.

Die Anerkennungsquote wird systematisch runtergeschraubt. Daß die Flüchtlinge auf diese Weise dem illegalen Arbeitsmarkt zugeführt werden, gehört zum Repertoire kapitalistischer Ausbeutungsmethoden. Einige Branchen setzen zunehmend auf die Vernutzung illegaler Arbeitskraft aus dem Flüchtlingsmilieu. Im Zusammenhang mit der Leiharbeit und dem staatlichen Zwangsarbeitssystem wird deutlich, daß der Anteil der ungarantierten Arbeit wächst.

Gegen diesen Klassenkrieg von Oben müssen die Angriffslinien gegen das System liegen, um die Kampagne gegen imperialistische Flüchtlingspolitik auszuweiten zum Kampf gegen die repressive Sozialpolitik und ihre Vermittlungsagenturen. Unser Angriff auf beide Orte stellt die Verbindung her, die die Ausweitung der Kampagne thematisiert. Dabei wissen wir natürlich, daß unsere Aktion die Politik der Spaltung und Desorientierung durch die Herrschenden nicht aufhebt und die rassistische Klassenstruktur nicht überwindet. Sie gibt die Möglichkeit für zukünftige Konfliktlinien an.

Die verbrannten Akten in der Dortmunder Außenstelle des Zirndorfer Amtes sollen den Flüchtlingen eine Atempause verschaffen und ein Beitrag dazu sein, das faktische Aufenthaltsrecht durchzusetzen.

REVOLUTIONÄRE ZELLEN

RZ

5.9.87

Aus der Traum vom fortschrittlichen Radio?



Lizenzvergabe für zwei gemeinnützige Lokalradios in Hamburg erfolgte am 5. August: Selbstbestimmte Beteiligung von Gruppen und Initiativen am Radio nicht vorgesehen !!!

Ab Anfang '88 (vielleicht auch schon früher "um das Wihnachtsgeschäft noch mitzunehmen" Zit.) werden 2 gemeinnützige (werbefinanzierte) Lokalradion auf Sendung gehen.
Die Hamburger Anstalt für neue Medien (HAM) hat sich bei der Lizenzvergabe für die Anbietergemeinschaft OK. Radiio = Oxmox, Kirche, AOK, DGB, DAG (schließlich kannte Mann die ja schon von ihrem letzten Antrag auf ein'rein' kommerzielles Radio !) und auf der zweiten Frequenz für eine Zwangsehe zwischen den Anbietergemeinschaften Korah und Kommunales Radio HH e.V. entschieden.
Kurz zur Erinnerung: Korah ist ein nicht erweiterbarer Zusammenschluß aus Robin Wood, BUND, terres des hommes, Pfadfindern, etc. und das Komm. Radiio HH sind ca. 100 Einzelpersonen, von denen die Sprecher sagen, daß sie ein intelligentes Radio machen wollen. SO, SO !!

Was haben wir nun nach dieser Entscheidung demnächst auf 95,0 und 97,1 MHz zu erwarten, nachdem hier ursprünglich die Hoffnung auf ein gemeinnütziges Radio mit Bürgerbeteiligung zumindest von Optimisten bestand ?
Von OK. Radio wird wohl der gewöhnliche kommerzielle KO-Funk ausgestrahlt: eine fortschrittliche Auseinandersetzung über das Radio und seine Möglichkeiten bzw. seine Funktion ist hier nie gewollt gewesen; Sicherung von Marktanteilen ist bei Oxmox z.B. eher die Devise, nachdem die Konkurrenzzeitschrift "Szene" auf 107 einen Fuß in das lukrative Privatfunkgeschäft gesetzt hat.
Bei Korah müssen wir aber etwas genauer hinsehen. Die Idee der beteiligten Organisationen selbst auf Sender gehen zu wollen ist aus den leidvollen Erfahrungen der derselben mit den vorhandenen staatstreuen Medien entstanden; eine schwerpunktmäßig ökologisch orientierte Gegenöffentlichkeit ist Ziel des Unternehmens, doch gab und gibt es keine Vorstellungen zum Radio, wie sie in der Diskussion um Freie Radios entstanden sind, d.h. Radio als Kommunikationsapparat, Aufhebung der Trennung zwischen HörerInnen und SenderInnen; Gruppen, Inis und Einzelpersonen nutzen das Radio als IHR Medium um Diskussionen in Gang zu bringen, weiterzuführen und natürlich Gegenöffentlichkeit zu schaffen.
In der Auseinandersetzung mit den "intelligenten Radiomachern" vom Kommunalen Radio HH muß Korah nun noch darum kämpfen ein parteiisches Radio machen zu dürfen; denn in dieser Zwangsehe geht (nicht zufällig) nichts ohne den anderen.
Daß dies von der konservativ denkenden Mehrheit im Vorstand der HAM so gewollt ist, um auch die Inhalte von Korah zu verwässern, ist offensichtlich.
Eine klare Absage erteilte der Vorstand der HAM mit seiner beschriebenen Entscheidung dem Funk e.V., einem Zusammenschluß von über 25 Inis aus dem Einwanderer-, Stadtteil-, AntiAKW- und Kunstbereich.
Der Funk e.V. hatte sechs Stunden Sendezeit beantragt; die Nichtberücksichtigung bei der Lizensvergabe wurde mit der mangelnden Finanzierbarkeit seines Konzepts begündet. Nach den vorigen Ausführungen und unter Berücksichtung der Tatsache, daß der FUNK e.V. die Beteiligung der HörerInnen am Radio in seinem Antrag ausdrücklich vorsah, z.B. eine tägliche Sendeschiene von und für Einwanderer, (deren programmatische Grundlage im FUNK e.V. selbst erarbeitet wurde), liegt die Vermutung nahe, daß der HAM-Vorstand noch andere Gründe für seine Ablehnung hat. Da muß den Herren von der HAM mal ein bißchen auf die Finger geklopft werder, denn schließlich steht im Hamburger Mediengesetz:

§ 31 Programmziele — Durch die örtlichen Programme soll es ortsbezogenen Gruppen und Gemeinschaften ermöglicht werden, kulturelle Aktivitäten zu fördern und zur Meinungsbildung über Fragen des jeweiligen örtlichen Geschehens beizutragen.

§ 35 Auswahl — (1) Vorrangig läßt die Anstalt Anbietergemeinschaften zu, die
1. mehrere unterschiedlich ausgerichtete Kräfte umfassen
2. den Mitwirkenden einen angemessenen Einfluß auf die Programmgestaltung und -verantwortung ermöglichen.

Schöne Worte, aber trotzdem wird fortschrittlichen Radiomachern die Sendlizenz verweigert. Stattdessen bekommen zwei Anbietergemeinschaften den Vorrang, die ein professionelles RedakteurInnen-Radio mit Chefredaktion aufziehen wollen, wo eigene, selbstbestimmte Beiträge von Gruppen und Inis keinen Platz haben.
Noch vor der Entscheidung über die Lizenzvergabe hatte sich der funk e.V. um Verhandlungen mit den anderen Anbietergemeinschaften bemüht, doch weder OK Radio, noch Korah waren dazu bereit. Die Verhandlungen mit den "intelligents" führten nicht weit, da sie dem Funk e.V. weder für ein Einwandererprogramm noch für eine eigene Sendezeit, wo der Verein seine Vorstellungen von Gruppenbeteiligung und Aufgreifen politischer Aktualitäten verwirklichen kann, Zusagen machen wollte.

Für den "Förderverein unabhängiges Hamburger Lokalradio e.V. ist es allerdings auch nach der getroffenen Entscheidung noch nicht 5 nach 12 !! Seine Forderungen an ein gemeinnütziges Lokalradio sind nicht vom Tisch.

Der Verein wird eine Radiowerkstatt aufbauen, in der Menschen aus dem gesamten "soziokulturellem Spektrum" (wie wir so schön heißen) Sendungen produzieren können (is wirklich nich so schwer), um sie anschließend an die Sender zu bringen. Es werden auch workshops für das technische knowhow angeboten werden.
Die Werkstatt soll allerdings kein reines Dienstleistungs"unternehmen" sein! Dort sollen gemäß der Planung des FUNK e.V. die Vorstellungen über ein demokratisches Radio diskutiert, weiterentwickelt und gemeinsam vertreten werden, sowie Strategien zur Durchsetzung der Forderungen entwickelt werden.
So findet hier z.B. Anfang nächsten Jahres das Bundestreffen von Radioinitiativen statt.

!!! Die HörerInnenschaft muß sich organisieren !!!

Wer Interesse am Funk e.V. hat: jeden Mittwoch, 19.30 h ist Treffen im Haus für Alle, Amandastraße 58.

Haut die Faschos aus den Vierteln

ZERSCHLAGT DIE NAZI-BANDEN

Nie wieder FASCHISMUS- Nie wieder KRIEG !

In letzter Zeit tauchen wieder verstärkt Faschos in St. Pauli, Karo- u. Schanzenviertel auf. ES GIBT VIEL ZU PACKEN-TUN WIR'S IHNEN AN!

SIE SIND WIEDER DA!

In letzter Zeit häufen sich wieder Übergriffe und Besuche der Neonazis in den umliegenden Vierteln. Langsam aber sicher nisten sie sich hier wieder ein.
Anfang des Jahres trafen sich einige dieser Gestalten regelmäßig im "Orfeo Negro" (Karo-Viertel), bis sie merkten, daß das regelmäßig heiße Ohren bedeutet.
Daneben gibt es einige Kneipen wie z.B. das "Subito", in der der Oberskin Hans Meyer arbeitet, oder den "Dschungel", in denen sich öfter Faschos 'rumtreiben.
Eigentlich müßte es euch schon aufgefallen sein, daß immer häufiger einzelne "Glatzen" im Schulterblatt zu sehen sind, dort wohnen wohl auch einige.
Ein Hinweis darauf ist auch, daß jegliche Aufkleber/Plakate gegen Nazis spätestens nach zwei Tagen abgerissen sind. Öfter gesehen worden sind sie auch im Lindenalleepark.
Die herbesten Vorkommnisse der letzten Zeit: An der Ecke Wohlwillstr./Talstr. wurde ein Mensch von vier Skins zusammengeschlagen und mußte ins Hafenkrankenhaus eingeliefert werden.
Kurz darauf machen zehn Skins fünf Punks im Schulterblatt an, woraufhin zwei Punks entkommen und drei verletzt werden, davon einer lebensgefährlich!

MACHT DIE AUGEN AUF!
HAUT DIE FASCHOS AUS DEN VIERTELN!
KEINEN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN!

Anm. d. Red.: Mit einigen Bauchschmerzen drucken wir diesen Artikel ab, da er unserer Meinung nach ein wenig zu ungenau und gerüchtemäßig ist. Auf der anderen Seite sollten genaue Infos natürlich erstmal intern "behandelt" werden. Auf jeden Fall sollte mensch sich mal die sich in den letzten zwei, drei Jahren gebildeten neuen "Szenen" anschauen, ohne gleich pauschal alles als Faschos zu bezeichnen.

TERMINE KULTUR TERMINE

DUCKENFELD

Medienberatung und Vermittlung
Initiative Stadtteilkino Altona e.V.
IM OELKERSCAFE
Oelkersallee 64 · 2000 Hamburg 50

Telefon 4393413



3.10.	21.00 Uhr	Tote schlafen fest
4.10.	21.00 Uhr	(The Big Sleep)
5.10.	21.00 Uhr	Regie: Howard Hawks USA 1946
		mit H. Bogart,(iii) Lauren Bacall
10.10	21.00 Uhr	Meier
11.10.	21.00 Uhr	-eine dt./dt. Komödie -
12.10.	21.00 Uhr	Regie: Peter Timm, BRD 1986
		mit Dieter Hildebrand
17.10.	21.00 Uhr	der letzte Mann
18.10	21.00 Uhr	Regie: Friedrich Wilhelm Murnau
19.10	21.00 Uhr	Deutschland 1924, 73 Min. Kamera: Karl
		Freud,mit Emil Jannings, Max Hiller
24.10.	21.00 Uhr	Die gekaufte Frau (Gebroken Spiegels)
25.10.	21.00 Uhr	Regie: Marleen Gorries
26.10.	21.00 Uhr	Niederlande 1983
31.10.	21.00 Uhr	Der müde Tod
1.11.	21.00 Uhr	Regie: Fritz Lang, Deutschland 1921
2.11.	21.00 Uhr	81 Min. mit Lil Dagover



DAS PICCOLOTHEATER HAMBURG

Juliusstraße 13-15 · 2000 Hamburg 50 · Telefon 040/43 53 48

Im Oktober gibt es:

von Mittwoch bis Samstag um 20.30 Uhr und am Sonntag um 19.00 Uhr: Überlebenskunst. Eine satirische Komödie von Kurt Hutterli mit Felicitas Hanack, Gerd D. Samariter und Mario Scirli.

Freitags und samstags um 22.15 Uhr und sonntags um 21.00 Uhr im CABINETT von Christine Brückner: Ungehaltene Reden von ungehaltenen Frauen. Mit Felicitas Hanack, Oralie Jaanart und Gisela Krebs.

Freitags und samstag um 23.00 Uhr werden wir im ENTREE wieder unser Programm "Live vor Mitternacht" aufnehmen.

Ab 25.10. jeden Sonntag um 16.30 Uhr: "DerkleinePrinz" mit Dominique Forest, Sw. Chandresh und Mario Scirli.

Es ist Unsinn
sagt die Vernunft
Es ist was es ist
sagt die Liebe

Es ist Unglück
sagt die Berechnung
Es ist nichts als Schmerz
sagt die Angst
Es ist aussichtslos
sagt die Einsicht
Es ist was es ist
sagt die Liebe

Es ist lächerlich
sagt der Stolz
Es ist leichtsinnig
sagt die Vorsicht
Es ist unmöglich
sagt die Erfahrung
Es ist was es ist
sagt die Liebe

Literaturlabor

Do., 1.10.	15.00 Uhr	Textforum ein offener Abend der Textkritik. Es liest, wer will. Eigene Texte bitte mitbringen.
Sa., 3.10.	20.00 Uhr	Vernissage: LECHTS UND RINKS KANN MAN NICHT VELWECHSERN Plakate von Inken Rohr zu Gedichten von Ernst Jandl
Mi., 7.10.	15-17 Uhr 3.-- DM	Schreibsprechstunde jede/r kann Texte zur Lektorierung vorlegen.
Mi., 14.10.	15-17 Uhr 3,-- DM	Schreibsprechstunde genauso
Mi., 21.10.	15-17 Uhr	desgleichen
Do., 22.10.	20.00 Uhr 3,-- DM	LORELEY Die Lyrikerin Jutta Leithardt stellt ihr erstes Buch vor.
Mi., 28.10.	15-17 Uhr 3,-- DM	und wieder SCHREIBSPRECHSTUNDE
Do., 29.10.	20.00 Uhr 3,-- DM	SCHADE, SCHWARZER HUMOR präsentiert von Vera Rosenbusch und Lutz Flörke.

Ausstellung vom 3. - 30.10. tägl. 14-18 Uhr. freitags - 16 Uhr
LECHTS UND RINKS KANN MAN NICHT VELWECHSERN
Plakate von Inken Rohr zu Gedichten von Ernst Jandl

TUC TUC

Ölkersallee 5, HH 50
Tel.: 430 06 95

Sa., 3.10.	T A N Z D E N G U E V A R A (Scheiß-Titel d.Tipperin) Disco Latino - 22.00 Uhr
ab Mi., 7.10.	ER LEBT UND IST DOCH TOT Zum 20. Todestag von Che Guevara - Dokumentation -
Fr., 16.10.	DIE GESCHICHTE DES N. Eine Farce von Bernd Reichelt und Uwe Schwarz 20.30 Uhr 8,-- DM
Fr., 23.10.	N A C H T C A F E "round midnight" Ulrich Paasch singt Jazzstandards und Eigenkompositionen (30er - 80er Jahre) 22.00 Uhr 7,-- Märker
Fr., 30.10.	KANN DENN WAHNSINN SÜNDE SEIN ? Solotheater von Frau Fleck 20.30 Uhr 8,-- DM

Du rufst an-
sagtest du -
und tust es nicht!
Ich warte, doch
keiner sagte mir
daß ich warten soll.

Nur mein Gefühl zu dir
ließ mich warten
wie ein Tier.

Daß ich enttäuscht bin,
liegt nicht an dir
nur daran, daß ich vergaß,
wer ich bin, und dir erlaubt
habe, zu spielen mit mir.



Und weil wir schon immer wußten, daß zuviel Fernsehen Augen und Gehirn schadet, halten wir für Euch einen Riesenberg Bücher und Spielzeug parat.
Außerdem führen wir jetzt auch die Postkarten - Hafen bleibt ★ Schanze kommt - aus der Ausstellung von Marily Stroux.

Nur herein, und keine Hemmungen

SCHANZENSTR.59 2000 HAMBURG 6
TEL.4396832 (SPIELE) 4300888 (BÜCHER)
MO.-DO. 9:30-18:00 FR. 9:30-18:30 SA. 10:00-14:00



2 Hamburg 6 Neuer Pferdemarkt 19 Tel:432099





Mo bis Fr - 16.oo-o1.oo Uhr
Sa, So - 12.oo-o1.oo Uhr





VASCO DA GAMA
SCHULTERBLATT 98
10-18 UHR · TEL.4300054

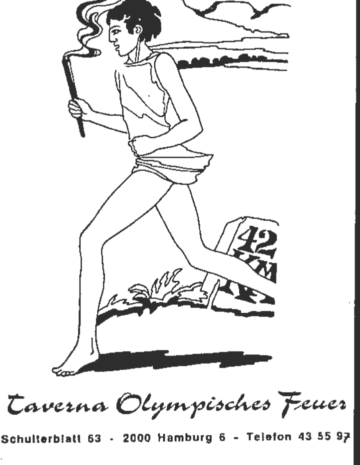
vorzügliche Weine aus biologischem Anbau, z.B. Vin de table rouge
0,7 l nur 5,95 DM





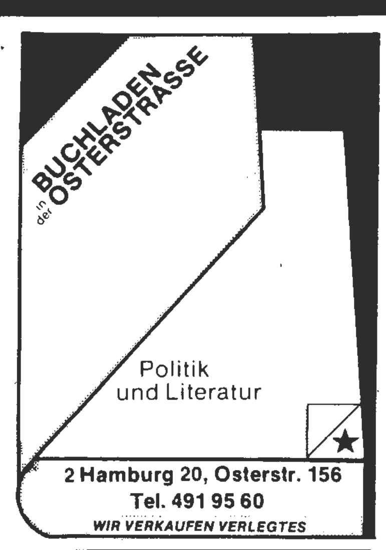
















★ ADRESSEN 

Essen

Food-Coop
Schanzenstr. 55 (Keller)
Tel. 430 01 75
Di. 18.00 - 19.30 h

Ausländer

Spanischer Elternrat
Margarethenstr. 50
Tel.: 43 20 52
Mo. 16-18 Uhr
Mi. 10-12 Uhr
Fr. 14-19 Uhr

TÜRK DANIS
Ausländerberatungsstelle der AWO
Vereinsstr. 30
Tel.: 439 22 34

HAUS FÜR ALLE
Beratung für deutsche und ausländische Nachbarn
Vereinsstr. 25
Tel.: 43 25 96
Mo.-Do. 14-18 Uhr
Fr. 14-17 Uhr

Arbeitslose

CAFE MÜSSIGGANG
Arbeitslosenzentrum
Lindenallee 31
Tel.: 439 24 66
Mo.-Fr. ab 10 Uhr

Erwerbslosen- und Jobberinitiative
Balduinstr. 22
Tel.: 31 25 26
Di. 10 Uhr Erwerbslosenfrühstück
Di. 19 Uhr Offener Abend

Frauen

Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen
Tel.: 43 35 11
Mo.+Do. 19-22 Uhr (sonst Anrufbeantworterin)

Dolle Deerns e.V.
Juliusstr. 16
Tel.: 439 41 50
tgl. 10-17 Uhr
Mi. 16-18 Uhr (Beratung für sexuell mißbrauchte Mädchen)

Frauen-Selbsthilfeladen
Marktstr. 27
Tel.: 439 53 89
Di. 17-18.30 Uhr
Do. 12-13.30 Uhr

Frauenkneipe
Stresemannstr. 60
Tel.: 43 63 77

Frauenbildungszentrum Denk(t)räume
Grindelallee 43
Tel.: 45 06 44
Mo.-Do. 13-19 Uhr

Frauenmitfahrzentrale
Grindelallee 43
Sauerberghof
Tel.: 45 05 56
Mo.-Fr. 10-12.30 + 14-18 Uhr

Frieden

Friedensinitiative Schanzenviertel
c/o Peter Hansen
Margarethenstr. 39
Tel.: 439 44 46
Di. 20 Uhr Margarethenkneipe

Haus für Alle

Internationales Stadtteilzentrum im Schanzenviertel
Amandastr. 58
Tel.: 43 15 85
Mo, Di, Do, Fr: 10-13 Uhr
14-16 Uhr
Mi: 14-16 Uhr

Indianer

UNAI
Unterstützungsgruppe für nordamerikanische Indianer
c/o Gertraud Tel.: 43 47 27
c/o Goffy Tel.:439 75 51

Karolinen-Inis

Karolineninitiativen gegen Sanierungsschäden

Ausländerini
Türkisches Volkshaus
Glashüttenstr. 1
Tel.: 439 13 11

Internationaler Treffpunkt
Karolinenstr. 8
Tel.: 439 36 93 oder
Tel.: 43 23 93 (Pastor Winde)
Do. 19 Uhr

AG Karolinenviertel
(Kinder- u. Jugendarbeit)
c/o Dietmar Schimkat
Grabenstr. 28
Tel.: 439 25 82

Interessenvertreter im Sanierungsbeirat für Künstler
Heiner Studt
Tel.: 439 18 00 o. 47 99 98

Kultur

DUCKENFELD
Initiative Stadtteilkino Altona e.V.
Ölkersallee 64
Tel.: 439 34 13

Kulturverein Schanzenviertel
Margarethenkneipe
Margarethenstr. 33
Tel.: 43 57 11

LITERATURLABOR
Lindenallee 40
Tel.: 43 59 26

Hamburger Erwachsenenbildung
Fruchtallee 7
Tel.: 439 28 82

Medienpädagogisches Zentrum
Thadenstr. 130a
Tel.: 439 72 51
Mo.-Do. 18-19 Uhr

Kinder + Jugend

Kindersorgentelefon
Margarethenstr. 41
Tel.: 43 73 73

Kinderhaus Heinrichstr.
Heinrichstr. 14a
Tel.: 43 39 49

Kinderstube Altona e.V.
Bartelsstr. 65
Tel.: 43 68 55

Kinderglück e.V.
c/o Johanna Michaelis
Beckstr. 4
Tel.: 439 35 15

Kinderwohnhaus Sternschanze
Sternstr. 39
Tel.: 43 76 44

Bauspielplatz im Schanzenviertel
c/o H. Meyer
Tel.: 43 28 19

Freies Kinder- u. Stadtteilzentrum e.V.
Bartelsstr. 7 und 27

Hamburger Elterninitiative Kindergärten und Kindertagesgaststätten
c/o Dagmar Bernhardt
Agathenstr. 2a
Tel.: 410 48 71

HILFE FÜR ALKOHOLGEFÄHRDETE KINDER U. JUGENDLICHE e.V.
Thadenstr. 22
Tel.: 439 21 12

Mieter

Mieterinitiative Schanzenviertel
c/o Thomas Breckner
Weidenallee 45
Tel.: 43 43 23
Mo. 18-20 Uhr Beratung im Stadtteilbüro Margarethenstr. 50

Mieter helfen Mietern
Bartelsstr. 30
Tel.: 439 55 05
Mo.-Do. 10-18 Uhr
Fr. 10-16 Uhr

Mieterinitiative St. Pauli Nord
Wohlwillstr. 28
Di. 18-19 Uhr

Mieterinitiative Karolinenviertel
Sternstr. 39
Di. 20 Uhr

Wohnungslose

Ambulante Hilfe e.V.
Lippmannstr. 59
Tel.: 430 10 04
(Beratung u. Hilfe für Obdachlose)

Parteien

DKP Schanzenpark
c/o Werner Bernhardt
Tel.: 410 48 71

DKP-Gruppe Fettstraße
c/o Ulrike Wurstner
Tel.: 439 86 07

DKP Schulterblatt
c/o Dieter Wilde
Tel.: 43 26 15

GAL-Büro
Bartelsstr. 30
Tel.: 439 29 91 +
439 54 16

GAL-Stadtteilgruppe Schanzenviertel
Mo. 20 Uhr (Haus f. Alle)

GAL-Eimsbüttel
Müggenkampstr. 30a
Tel.: 40 40 10
jeden 1. Fr. 18 Uhr Neuentreff

GAL-Stadtteilgruppe St. Pauli
Neuer Pferdemarkt 30
Tel.: 43 88 49
Termine erfragen

Sozialistisches Büro HH
Altonaer Str. 28
Tel.: 43 32 89
jeden 1. Mi. 18-20 Uhr

Schanzenrasseln

SCHANZENRASSELN
- alt bis jung -
jeden 2. Sa. ab 16 Uhr Kaffeetrinken u. Klönschnack mit Filmen und Dias im Kulturverein Margarethenkneipe;
jeden Fr. 14-17 Uhr im Stadtteilbüro Margarethenstr. 50

Schule

GAL-Fachgruppe Rosa Biber
Bartelsstr. 30
Tel.: 439 29 91
Mo. 19.30 Uhr

Schwusel
c/o Tuc-Tuc
Ölkersallee 5
Tel.: 43 46 47
Do. 19-21 Uhr

Staatsmacht

Bürger beobachten die Polizei
Weidenstieg 17
Tel.: 40 03 46
Do. 18-20 Uhr

Ini gegen den Überwachungsstaat
Mo. 20 Uhr
Kinderzentrum Bartelsstraße 7

Mikrozensus-Initiative
Di. 20 Uhr
Kinderzentrum Bartelsstr. 7

Anwaltlicher Notdienst
Tel.: 29 39 39
Mo.-Fr. 18- 8 Uhr
Sa.+So. 0-24 Uhr

Umwelt

Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU)
Weidenstieg 17
Tel.: 40 03 46

Robin Wood
Neernstweg 32
Tel.: 390 95 56

Bürger gegen Tierversuche
Bartelsstr. 11
Tel.: 439 11 11

Antimil

Deutsche Friedensgesellschaft Vereinigte Kriegsdienstgegner
Amandastr. 58
Tel.: 43 20 05
KDV-Beratung: Di. 18 Uhr

Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZL)
Martin-Luther-King-Haus
Grindelallee 9, II. Stock
Mo. 19-20 Uhr ZDL-Beratung
20- Uhr Plenum
Mi. 20-22 Uhr KDV-Beratung
Kontakt: Karsten Tel. 45 55 73

LIBERTÄRES ZENTRUM
Lagerstr. 27
Tel.: 430 13 96

F.A.U. (Anarchosyndikalisten)
Do. 16.30-18.30 Uhr

Anarchistisches Frauencafe
So. ab 15 Uhr

Zeitung

Impressum:
SCHANZENLEBEN erscheint monatlich im Selbstverlag und Eigendruck
Herausgeber ist das Redaktionskollektiv im Schanzenviertel
Verantwortlicher Redakteur i.S.d. §8,II HPresseG ist Michael [illegible], für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor selbst die Verantwortung.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos können wir keine Gewähr übernehmen (Rückporto nicht vergessen), für alle anderen haften wir nur i.H.d. Materialwertes.
contact:
Initiative Stadtteilzeitung
c/o Die Druckerei
Schanzenstraße 59, 2 HH 6
Der Vertrieb dieser Zeitung erfolgt durch Handverkäufer.
Interessenten melden sich!!